

**W
BI**

Bielefelder

Integrationsmonitoring

2024

Impressum

Herausgegeben von



Verantwortlich für den Inhalt: Norbert Wörmann

Redaktion: Wilhelm Berghan & Pauline Junker (KI Bielefeld)

Andreas Zick, Jonas Rees & Yann Rees
(IKG & FGZ, Universität Bielefeld)

Kontakt: komm.integrationszentrum@bielefeld.de

www.ki-bielefeld.de

Titelgrafik: deteringdesign GmbH

Bilder: Presseamt Stadt Bielefeld / Bielefeld Marketing

Inhalt: Kommunales Integrationszentrum

Gestaltung: Druckservice Stadt Bielefeld

Stand: Februar 2024



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

STANDORT BIELEFELD

Gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen

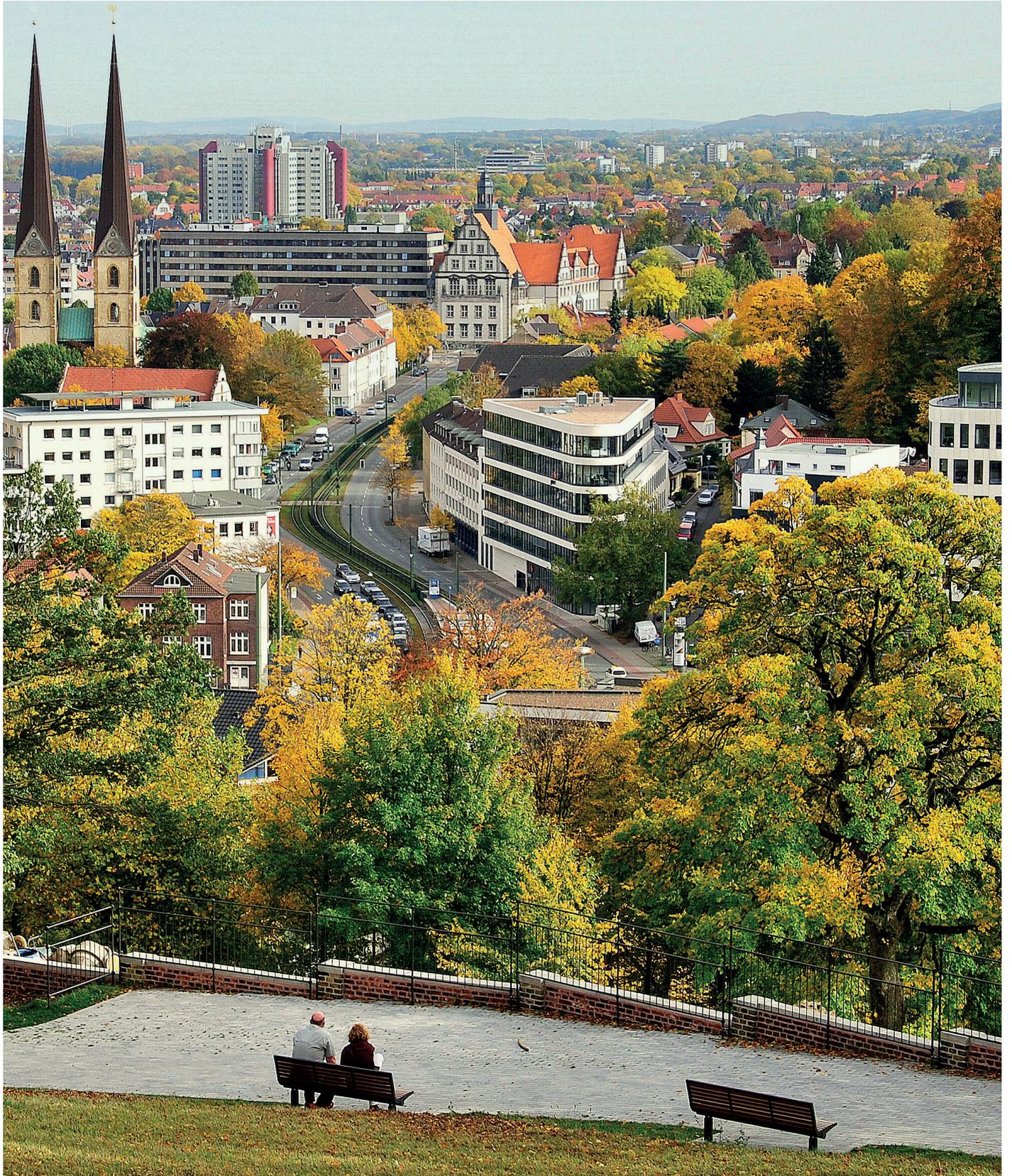


Inhalt	Seite
Vorwort	6
Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	8
Themenfeld 1: Bielefeld der Vielfalt – Identifikation und Zusammenleben	11
Themenfeld 2: Integrationsorientierungen – Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?	15
Themenfeld 3: Erleben von Diskriminierung	19
Themenfeld 4: Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden	26
Fazit	34
Methodik und Beschreibung der Stichprobe	35
 Tabellenverzeichnis	
Tabelle 1 Einstellungen zu Bielefeld (Angaben in Prozent)	11
Tabelle 2 Einschätzungen zum Zusammenleben (Angaben in Prozent)	12
Tabelle 3 Orte der Vielfalt bzw. Ausgrenzung (Angaben in Prozent)	12
Tabelle 4 Einstellungen zur Integration in der Gesamtstichprobe sowie nach Einwanderungsgeschichte differenziert (Angaben in Prozent)	15/16
Tabelle 5 Kenntnis und Aufsuchen von Diskriminierungs-Beratungsstellen in Bielefeld (Angaben in Prozent)	24
Tabelle 6 Kenntnis und Aufsuchen von Unterstützungsangeboten in Bielefeld (Angaben in Prozent)	28
Tabelle 7 Kenntnis des Integrationsrats in Bielefeld	28
Tabelle 8 Erfahrungen und Erweiterung von Unterstützungsangeboten in Bielefeld (Angaben in Prozent)	28
Tabelle 9 Soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe (Angaben absolut und in Prozent, Gesamtstichprobe: N = 1559)	37
Tabelle 10 Aufteilung auf die zehn Bielefelder Stadtbezirke (Angaben absolut und in Prozent)	38

Abbildungsverzeichnis

Seite

Abbildung 1	Diskriminierungserleben und -beobachten in Bielefeld insgesamt (Angaben in Prozent)	19
Abbildung 2	Unterschiede im Diskriminierungserleben bei Menschen mit (n = 416) und ohne (n = 729) Einwanderungsgeschichte	20
Abbildung 3	Unterschiede im Beobachten von Diskriminierung bei Menschen mit (n = 396) und ohne (n = 677) Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)	20
Abbildung 4	Diskriminierungsmerkmale (Angaben in Prozent)	21
Abbildung 5	Diskriminierungskontexte (Angaben in Prozent)	22
Abbildung 6	Persönlicher Unterstützungsbedarf bzw. -wunsch (Angaben in Prozent, n = 1278)	26
Abbildung 7	Unterstützungsbedarf bzw. -wunsch bei Menschen mit (n = 694) und ohne (n = 402) Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)	27
Abbildung 8	Erlebte Problemlagen (Angaben in Prozent)	29
Abbildung 9	Erlebte Problemlagen bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)	30
Abbildung 10	Erlebte Problemlagen bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)	30
Abbildung 11	Verständnisschwierigkeiten (Angaben in Prozent)	31
Abbildung 12	Einschätzung des Engagements der Stadt Bielefeld (Angaben in Prozent, n = 1147)	32



6 | Vorwort

Liebe Leser*innen,

die Stadt Bielefeld ist geprägt durch das Zusammenleben unterschiedlichster Menschen – mit unterschiedlichen Einstellungen, kulturellen Hintergründen und Lebenserfahrungen. Doch wie empfinden Bielefelder*innen dieses Zusammenleben? Wo sehen sie Chancen und Konfliktpotenzial im Zusammentreffen ganz unterschiedlicher Menschen in ihrem Alltag, auf der Arbeit oder beim Kontakt mit Behörden?

Mehr als 1500 Menschen aus Bielefeld haben sich die Zeit genommen, solche und andere Fragen zu beantworten und zu diesem ersten Integrationsmonitoring beigetragen. Im Zeitraum Juni bis August 2023 haben sie berichtet, was sie über den Zusammenhalt und das Zusammenleben in unserer Stadt denken oder was ihr Verständnis von Integration ist. Was ist wichtig, um dazuzugehören, um sich zu integrieren? Viele haben auch ihre ganz persönlichen Diskriminierungserlebnisse oder Hürden aus ihrem Alltag dargestellt. Solche persönlichen Erfahrungen zu berichten, ist nicht selbstverständlich. Das vorliegende Integrationsmonitoring wäre ohne diese Bereitschaft von so vielen Bielefelder*innen nicht möglich gewesen. Daher gilt allen Teilnehmer*innen der Befragung zunächst unser Dank!

Vor allem in diesen turbulenten Zeiten ist es von großer Bedeutung, den Blick auf Integration, Diskriminierung und unser Zusammenleben in Vielfalt zu werfen. Wir stehen als Gesellschaft vor der Herausforderung, eine ehrliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zu führen. Nicht nur für uns als Dezernat für Soziales und Integration und in der Konflikt- und Zusammenhaltsforschung, sondern für die ganze Migrationsgesellschaft ist dies von

Bedeutung. Wir verstehen Integration als einen Prozess, der nicht nur für Einwanderer*innen und Geflüchtete von Bedeutung ist, sondern für alle Menschen in Bielefeld – und er wird auch von uns allen gestaltet. Egal, ob sie hier geboren sind oder in Bielefeld eine neue Heimat gefunden haben.

Eine erfolgreiche Integration bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion gemeinsam eine Gesellschaft formen, in der neben gemeinsamen Normen und Werten auch Vielfalt als Stärke betrachtet wird. Indem sich die Stadtgesellschaft mit Integration auseinandersetzt und verständigt, können Barrieren abgebaut werden und Zusammenhalt hergestellt werden.

Der Bericht versucht, den Rückmeldungen der Bielefelder*innen, die an der Studie teilgenommen haben und für viele weitere stehen, gerecht zu werden. Die Ergebnisse liefern uns eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, an denen es sich lohnt weiterzudenken.

So vielfältig die Einstellungen und Erfahrungen der Bielefelder*innen sind, so vielschichtig sind auch die Schlussfolgerungen, die sich daraus ableiten lassen. Ziel des Berichts ist es daher darzustellen, an welchen Hebeln und Schrauben wir ansetzen können, um Integrationsprozesse und das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft weiter zu verbessern. Immer mit dem Fokus auf dem Zusammenhalt und einer gleichwertigen Teilhabe aller.

Im Folgenden führen wir daher vier zentrale Themenfelder mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf. Diese sollen Diskussionsanlässe und einen Anstoß zur konkreten Veränderung liefern.

Detailliertere Ausführungen finden sich an entsprechender Stelle im Bericht. Weiterführende Informationen finden sich auf der Website des Kommunalen Integrationszentrums.

Das Bielefelder Integrationsmonitoring ist ein langfristiges Projekt und endet nicht mit der Veröffentlichung und Diskussion dieses Berichtes: In den folgenden Monaten und Jahren werden Meinungen von Expert*innen und darüber hinaus generierte Daten einbezogen, um die genannten Themenfelder mit weiteren Inhalten zu füllen und aktuelle Herausforderungen zu identifizieren. Die Umfragestudie soll zudem in regelmäßigen Ab-

ständen wiederholt werden, um Entwicklungen darstellen zu können. Zusätzlich möchten wir auf Veranstaltungen mit Ihnen ins Gespräch kommen.

So können wir ein Bild zeichnen, das die Bielefelder Gesellschaft in Hinblick auf Integration, Diskriminierung und Zusammenleben realistisch wiedergibt und uns bei der Verbesserung des Zusammenlebens voranbringt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns darauf, auch weiterhin gemeinsam mit Ihnen ein solidarisches und chancengerechtes Bielefeld zu gestalten.

Bielefeld, im März 2024



Ingo Nürnberger

Dezernent für Soziales und Integration
Erster Beigeordneter der Stadt Bielefeld



Prof. Dr. Andreas Zick

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für
interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

8 | Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

1. Bielefeld der Vielfalt – Identifikation und Zusammenhalt

- **Der Großteil der Bevölkerung fühlt sich wohl und zu Hause in unserer Stadt.**
Rund 80 % der Menschen sind dieser Meinung (79 % fühlen sich eher oder ganz wohl und 83 % fühlen sich eher oder ganz zu Hause). Demgegenüber stehen weniger als 10 %, die sich nicht wohl oder zu Hause fühlen.
Dabei gibt es zwar statistisch signifikante, aber nur geringe Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte.
- **Vielfalt wird gelebt.** Sowohl auf der Einstellungsebene (Der Großteil schätzt die Vielfalt von Kulturen, Lebensstilen und Religionen (62 %) als auch mit Blick auf Räume des Zusammenlebens (61 % kennen Orte der Vielfalt) wird dies erkennbar.
Und es werden auf ein besseres Zusammenleben ausgerichtete Ideen zurückgemeldet: Bei Orten, die als ausgrenzend wahrgenommen werden, wird am häufigsten zurückgemeldet, dass mehr Kontakt und Miteinander bzw. mehr Toleranz und gegenseitiges Verständnis und weniger Parallelgesellschaften dazu führen würden, dass das Zusammenleben besser klappt.
- **Aber: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist kritisch.** Nur etwas mehr als ein Viertel (28 %) sieht den Zusammenhalt nicht gefährdet. Und fast ein Drittel (31 %) denkt, dass zu viele kulturelle Unterschiede dem Zusammenhalt in Bielefeld schaden.
- In den Meinungen zum Zusammenleben gibt es statistisch signifikante, aber geringe Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Menschen mit Einwanderungsgeschichte fühlen sich etwas seltener in Bielefeld akzeptiert, schätzen dafür Vielfalt mehr und sehen den Zusammenhalt etwas weniger gefährdet.

2. Integrationsorientierungen – Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?

- **Eine einheitliche Meinung über Integration gibt es nicht.** Ein Großteil der Befragten (90 %) ist der Meinung, dass Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, an unserem Leben teilhaben sollen. Verhaltener fallen die Antworten jedoch aus, wenn danach gefragt wird, ob Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, das beibehalten sollten, was ihnen kulturell wichtig ist. Knapp ein Drittel antwortet hier in der Mittelkategorie (teils/teils), während knapp die Hälfte im Zustimmungsbereich liegt. Demgemäß fordern auch 59 %, dass die Neuzugewanderten sich an die Bielefelder*innen anzupassen haben, während knapp 19 % der Meinung sind, dass sich die Bielefelder*innen mehr anzupassen haben. Bei beiden Fragen stimmen jedoch auch knapp ein Drittel zumindest der Kategorie „teils/teils“ zu, was eine geteilte Verantwortung ausdrücken könnte. Im Vergleich zu Menschen ohne Einwanderungsgeschichte

stimmen Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowohl eher zu, dass sich Neuzugewanderte anzupassen haben, als auch tendenziell, dass sich die Bielefelder*innen anpassen haben. Sie fordern also etwas eher Anpassungsleistungen von beiden Seiten.

- **Es ist eine Herausforderung, ein gemeinsames sprachliches Verständnis in der Migrationsgesellschaft herzustellen.** Dies zeigt sich vor allem am Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“: 47 % der Befragten verwenden den Begriff, während 53 % dies nicht tun. Hierbei gibt es keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Die Gründe der Befragten für oder gegen ein Benutzen des Begriffs fallen sehr unterschiedlich aus. Ein Teil gibt an, dass die Bezeichnung zutreffend sei, Personen gut beschreibe, nicht diskriminiere oder weniger abwertend sei als andere Bezeichnungen. Teils soll so auch Wertschätzung ausgedrückt werden und für viele ist er mittlerweile auch schlicht zur Gewohnheit geworden. Etwas häufiger wird angegeben, dass der Begriff negativ verstanden wird, Diskriminierung ausdrückt oder reproduziert bzw. einem Gleichheitsanspruch zwischen allen Menschen nicht gerecht wird.

3. Erleben von Diskriminierung

- **Ein großer Teil der Bielefelder*innen erlebt Diskriminierung.** Rund ein Drittel hat mindestens einmal Diskriminierung erlebt. Fast die Hälfte hat Diskriminierung bereits beobachtet. Der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist hier signifikant und deutlich. Menschen mit Einwanderungsgeschichte erleben deutlich häufiger Diskriminierung (45 % vs. 26 %).
- Am häufigsten werden potenziell rassistische Diskriminierungsmerkmale genannt (zusammengenommen 57 % aus den Bereichen Sprache, Hautfarbe, Herkunft, Aufenthalt, Religion), gefolgt von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (31 %). Insbesondere von Alltagsdiskriminierung wird berichtet. Beratungsangebote sind kaum bekannt (nur bei 17 %) bzw. werden kaum wahrgenommen (3 %).
- Von den Befragten wurden Verbesserungsvorschläge gemacht, damit Diskriminierung in Zukunft weniger häufig auftritt. Diese zielen überwiegend auf eine verstärkte Einrichtung von Beratungsangeboten und mehr Kommunikation und Miteinander bzw. Sichtbarmachung der Diversität ab.

10 | Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden

- **Viele Menschen erleben Hürden zwischen sich und den Institutionen in Bielefeld.**
Mit Blick auf allgemeine Hürden: Etwa ein Viertel der Befragten gibt an, sich mindestens einmal Hilfe bei persönlichen Belangen gewünscht zu haben. Der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist signifikant und deutlich (33 % vs. 19 %). Am häufigsten wird genannt, dass es dabei um den Kontakt oder den Umgang mit Behörden und anderen Institutionen sowie das Verstehen und Ausfüllen von Dokumenten/Anträgen ging.
- **Beratungsangebote** sind nur einem Drittel der Bielefelder*innen bekannt (34 %) und werden nur von einem Viertel wahrgenommen (25 %), wenn Hilfe benötigt wurde. 28 % der Befragten wünschen sich Unterstützungsangebote im direkten Umfeld oder in Bielefeld insgesamt.
- Rund ein Drittel der Befragten gibt an, in den letzten zwölf Monaten Schwierigkeiten dabei gehabt zu haben, eine gute **gesundheitliche Versorgung** zu erhalten. Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben deutlich eher diese Schwierigkeiten (40 % vs. 30 %). Zudem ist die Gesundheitsversorgung auch der Bereich, in dem am häufigsten Verständigungsschwierigkeiten aufkamen. Bei der Beschreibung, in welchen Situationen die Befragten vor besonderen Hürden bei der Erledigung ihrer persönlichen Anliegen standen, gaben diese vor allem sprachliche Hürden an. Dies wird insbesondere im medizinischen Kontext berichtet.
- 90 % der Befragten meinen, die Stadt Bielefeld tue mindestens zum Teil etwas, um die **gleichberechtigte Teilhabe** von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern. Die Hälfte antwortet jedoch auf der Mittelkategorie. Demnach besteht also auch Handlungsbedarf. Knapp ein Viertel der Befragten nennt auch konkrete Ideen, was die Stadt tun könne, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu fördern. Dabei wurde am häufigsten der Vorschlag gemacht, mehr Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache anzubieten.

Zusammenleben und Identifikation

Zu Beginn der Umfrage wurden die Befragten zum Zusammenleben in Bielefeld befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich ein Großteil der Bevölkerung in unserer Stadt wohl und zu Hause fühlt. In Tabelle 1¹ wird deutlich, dass sich rund 79 % eher oder ganz wohlfühlen und rund 83 % sich eher

oder ganz in Bielefeld zu Hause fühlen.

Die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte sind zwar statistisch signifikant, aber verhältnismäßig gering. Insgesamt sind es weniger als 10 %, die sich in unserer Stadt nicht wohl oder zu Hause fühlen.

Tabelle 1 Einstellungen zu Bielefeld (Angaben in Prozent)

Ich fühle mich in Bielefeld...	...wohl				...unwohl
	46,7	31,8	13,0	4,7	3,7
	[Gesamtstichprobe]	...zu Hause			...nicht zu Hause
	58,5	24,2	10,5	3,5	3,3
[Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 726 / n = 727]	...wohl				...unwohl
	47,7	35,3	12,0	2,9	2,2
	...zu Hause				...nicht zu Hause
	61,2	25,0	9,0	2,8	2,2
[Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 413 / n = 413]	...wohl				...unwohl
	46,7	28,6	15,0	6,3	3,4
	...zu Hause				...nicht zu Hause
	56,4	24,5	13,1	3,2	2,9

Anmerkung: Gesamtstichprobe n = 1504 (wohl fühlen); n = 1502 (zu Hause fühlen).

Wird nach Meinungen zum Zusammenleben gefragt, zeigt sich, dass Vielfalt von den Bielefelder*innen durchaus gelebt wird (siehe Tab. 2). Auf der Einstellungsebene schätzt mit rund zwei Dritteln ein Großteil der Bielefelder*innen die Vielfalt von Kulturen, Lebensstilen und Religionen. Rund 82 % der Befragten fühlen sich zudem

von den Mitmenschen in der Stadt akzeptiert. Die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte sind dabei signifikant, aber nicht besonders hoch. Es zeigt sich jedoch statistisch, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte tendenziell Vielfalt mehr schätzen, sich hingegen weniger akzeptiert fühlen.

Zusammenhalt

Zudem ist festzuhalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt durchaus kritisch eingeschätzt wird. Nur rund ein Viertel (28 %) sieht den Zusammenhalt in Bielefeld nicht gefährdet. Und fast ein Drittel (31 %) gibt an, dass zu viele kulturelle Unterschiede dem Zusammenhalt in Bielefeld

schaden. Demgemäß fallen auch die Antworten auf die Aussage „Bielefeld ist eine Stadt mit großem Zusammenhalt“ deutlich verhaltener aus. Mit rund 46 % antwortet fast die Hälfte der Befragten auf der Mittelkategorie und entzieht sich so einer eindeutigen Wertung.

¹ Für den gesamten Bericht gilt: Detailliertere Berechnungen, zusätzliche Tabellen und Abbildungen sowie methodische Anmerkungen und ausführliche Ergebnisse finden sich aus Platzgründen teilweise im Online-Anhang unter ki-bielefeld.de/kommunales-integrationszentrum-bielefeld/integration-als-querschnittsaufgabe/integrationsmonitoring/

12 | 1. Bielefeld der Vielfalt – Identifikation und Zusammenhalt

Demgegenüber trifft die Aussage nur für weniger als ein Viertel (24 %) zu, während rund 30 % es für nichtzutreffend halten, dass Bielefeld eine Stadt mit großem Zusammenhalt ist. Auch hier zeigen sich statistisch geringe, aber signifikante Unter-

schiede. So sehen Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Zusammenhalt etwas weniger durch kulturelle Unterschiede gefährdet, denken aber zugleich auch etwas seltener, dass Bielefeld eine Stadt mit großem Zusammenhalt ist.

Tabelle 2 Einschätzungen zum Zusammenleben (Angaben in Prozent)

	Trifft überhaupt nicht zu				Trifft voll und ganz zu
Ich werde von den anderen Menschen in der Stadt akzeptiert. (n = 1507)	3,0	4,9	10,4	33,1	48,8
Ich schätze die Vielfalt von Lebensstilen, Kulturen, Religionen in Bielefeld. (n = 1502)	7,8	11,0	19,3	30,2	31,8
Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bielefeld ist gefährdet. (n = 1484)	7,8	20,2	34,1	21,4	16,6
Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt in Bielefeld. (n = 1494)	28,6	22,0	18,6	15,7	15,3
Die sozialen Ungleichheiten in Bielefeld sind so groß, dass sie den Zusammenhalt gefährden. (n = 1479)	8,3	20,8	36,0	23,5	11,5
Bielefeld ist eine Stadt mit großem Zusammenhalt. (n = 1468)	8,3	21,7	45,9	19,9	4,4

Orte der Vielfalt und Orte der Ausgrenzung

Tabelle 3 Orte der Vielfalt bzw. Ausgrenzung (Angaben in Prozent)

	Nein	Ja, und zwar...
Können Sie uns einen oder mehrere Orte in Bielefeld nennen, die Sie mit kultureller Vielfalt verbinden? (n = 1408)	39,4	60,7
Können Sie uns einen oder mehrere Orte in Bielefeld nennen, die Sie mit Ausgrenzung verbinden? (n = 1367)	67,6	32,4

Dass Vielfalt gelebt wird bzw. mindestens alltägliche Relevanz im Leben vieler Bielefelder*innen hat, zeigt sich auch mit Blick auf Räume des Zusammenlebens. 61 % kennen Orte der Vielfalt (siehe Tab. 3). Orte, die sie mit Ausgrenzung ver-

binden, kann knapp ein Drittel der Stichprobe nennen.

Die Befragten hatten zudem die Möglichkeit, in einem offenen Antwortfeld genauere Angaben zu machen.

1. Bielefeld der Vielfalt – Identifikation und Zusammenhalt | 13

Auf die Frage, ob die Teilnehmenden Orte in Bielefeld benennen könnten, die Sie mit kultureller Vielfalt verbinden, haben 54 % der Befragten eine konkrete Rückmeldung gegeben. Insgesamt gab es rund 2000 unterschiedliche Nennungen, verteilt auf rund 300 verschiedene Orte. Die meisten Befragten (384) nennen Orte, die in die Kategorie öffentliche Plätze und Parks entfallen. Dabei haben sie mit Abstand am häufigsten den Kesselbrink (208 Nennungen) sowie den Siegfriedplatz (65) genannt. Aber auch Institutionen und (Bildungs-)Einrichtungen wurden sehr häufig benannt (298). Dabei wurden am meisten die Universität (106 Nennungen) und Schulen (97) hervorgehoben. Als konkrete Institution wird am häufigsten das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. (IBZ) genannt (60). Auch bestimmte Stadtteile (197) wurden als Orte der Vielfalt genannt – darunter z.B. Brackwede (92), die Innenstadt allgemein (82) oder Baumheide (81).

Zudem wurden die Gründe erfragt, warum die genannten Orte mit kultureller Vielfalt verbunden werden. Auf diese Fragen haben 43 % der Befragten geantwortet. Häufig wird dabei beschrieben, dass die genannten Orte Treffpunkte sind, an denen Menschen in den Austausch treten. Beispielsweise wird zurückgemeldet, dass dies Orte der Vielfalt sind,

„weil sich dort Menschen unterschiedlichster Kulturen begegnen und kennenlernen können.“

Ein großer Teil der Antworten bezieht sich auch darauf, dass es an den genannten Orten einen hohen Anteil an Menschen mit Einwanderungsgeschichte gebe und/ oder Vielfalt insbesondere anhand unterschiedlicher Sprachen sichtbar werde.

So formuliert eine befragte Person zum Beispiel:

„Weil hier sichtbar wird, wie viele Menschen unterschiedlicher Kulturen in dieser Stadt leben“,

und eine andere schreibt konkreter:

„Wenn man dort entlanggeht, hört man häufig/meistens viele verschiedene Sprachen.“

Während ein großer Teil der Beschreibungen relativ neutral formuliert ist, wird in anderen deutlich, dass die Orte der Vielfalt nicht immer als positiv wahrgenommen werden. Zum Teil werden konkrete Erfahrungen geschildert, zum Teil deuten die Rückmeldungen auf abwertende Vorurteile hin, die bei einigen Befragten erkennbar sind. So drückt ein Teil der Rückmeldungen Unsicherheit, aber auch Fremdheitsgefühle bis hin zu offener Ablehnung und Rassismus aus:

„Weil das Orte sind, an denen die überwiegende Mehrheit der Menschen ausländisch aussieht und ich mich von daher oft fremd fühle.“

Oder:

„Es sind viele Ausländer da, die kriminellen Geschäften nachgehen und andere Menschen belästigen.“

Auch das Bild der Überfremdung lässt sich aus den Antworten herauslesen:

„Wenn man sich in seiner Heimatstadt selber als Ausländer/in fühlt, obwohl man Deutsche ist, dann läuft etwas gewaltig schief.“

Auch nach Orten in Bielefeld, die mit Ausgrenzung verbunden werden, wurde gefragt. Hierauf haben weniger Menschen geantwortet, als auf die Frage nach Orten der kulturellen Vielfalt – rund 28 % haben hierzu eine konkrete Rückmeldung gegeben, wobei circa 700 Nennungen verteilt auf 220 unterschiedliche Orte entfallen. Am häufigsten wurden wieder Straßen, öffentliche Plätze und Parks sowie Stadtteile genannt. Insbesondere Baumheide (77 Nennungen) und Brackwede (35) scheinen Stadtteile zu sein, die auf unterschiedliche Weise mit Ausgrenzung verbunden werden.

Aber auch das Musikerviertel (18) und die Altstadt (16) gehören dazu. Der Kesselbrink ist mit 48 Nennungen auch an dieser Stelle der am häufigsten genannte öffentliche Platz, gefolgt von der „Tüte“ (36) sowie dem Bahnhof (17). Besonders häufig werden auch Diskos/Clubs (31) genannt. Immer wieder erwähnt werden auch Institutionen oder Kultur- bzw. Bildungseinrichtungen, vor allem Behörden/Ämter (28) und Schulen (17).

14 | 1. Bielefeld der Vielfalt – Identifikation und Zusammenhalt

Ideen zum Zusammenleben

Gleichermaßen werden auch auf ein besseres Zusammenleben ausgerichtete Ideen zurückgemeldet: Auf die Frage, wie das Zusammenleben an diesen Orten gelingen könne, wurden unterschiedlichste Ideen geäußert. Häufig wird der Wunsch nach mehr Kontakt und Begegnungen genannt, immer wieder verbunden mit der Forderung nach Toleranz und dem Abbau von Vorurteilen. So schreibt eine befragte Person:

„Alle müssen mehr aufeinander hören, miteinander reden, versuchen, den anderen besser zu verstehen, Vorurteile abbauen“,

und eine andere formuliert:

„Die öffentlichen Plätze müssten attraktiver gestaltet werden. Vielleicht mit vermehrten Aktionen, wie Stadtteilstesten. Die Infrastruktur muss ausgebaut werden. Der Kontakt mit anderen „Schichten“ und „typisch“ Deutschen müsste erhöht werden.“

Daneben wird immer wieder auch der konkrete Wunsch nach mehr sozialen Angeboten bzw. einer Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände geäußert:

„Mehr Streetworking, generell mehr Angebote für sozial, wirtschaftlich, kulturell und sprachlich Benachteiligte.“

Eine andere Person schlägt beispielsweise eine

„andere Bebauung, keine „Ghettoisierung“, mehr kulturelle und soziale Angebote für einkommensschwache Familien, in den Schulen kleinere Klassen und bessere Sprachförderung, gezieltere Einsätze gegen organisierte Kriminalität“

vor.

Von einem Teil der Befragten wird ein härteres Durchgreifen und eine stärkere Anpassung gefordert:

„Ein Zusammenleben kann nicht gelingen, solange die Migranten auf ihre Kulturen bestehen. Ich vermisse hier insbesondere die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen. Ohne Sprachkenntnisse wird es immer bei den Problemen bleiben.“

Von einem kleinen Teil wird dies auch offen mit rassistischen Vorurteilen und rechtsextremem Gedankengut aufgeladen bzw. in letzter Konsequenz eine Reduzierung der Anzahl von Ausländer*innen gefordert.

„Remigration und konsequente Abschiebung von Kriminellen. Die bestehenden Gesetze konsequent anwenden. Polizeipräsenz stärken. Wer nach 2 Jahren die deutsche Sprache nicht gelernt hat, muss die Stadt verlassen. Ist hart, aber anders wirds nicht laufen. Vergesst eure Kumbaja-Stuhlkreise.“

Diese Forderung wird teils auch erweitert. So spiegelt sich die zuletzt auch bundesweit öffentlich gewordene rechtsextreme Idee der „Remigration“ auch in Teilen der vorliegenden Antworten wider:

„Abschiebung der Migranten“.

Es gibt insgesamt eine Bandbreite an Meinungen, die in der aktuellen Migrationsgesellschaft vorherrschen. Während der Großteil der Befragten die Vielfalt schätzt und sich mit einem Bielefeld der Vielfalt identifiziert, wird der Zusammenhalt insgesamt kritischer gesehen. In den offenen Rückmeldungen drückt sich neben konstruktiven Ideen für die Verbesserung des Zusammenlebens zum Teil auch die Schattenseite einer pluralen Gesellschaft in Form von Rassismus und völkisch-nationalistischen Vorstellungen aus, z.B. in der Forderung nach einer homogenen Gesellschaft, in der sich einzig „die Migranten“ anzupassen haben. Es überrascht daher nicht, dass dies für einen Teil der Bielefelder*innen auch in konkreten Alltagserfahrungen mündet, insbesondere in der Form erlebter oder beobachteter Diskriminierung (siehe Kap. 3). Zunächst widmet sich das folgende Kapitel der Frage, wie konkret über Integration nachgedacht wird. Was denken die Bielefelder*innen über diesen Prozess, und wer ist verantwortlich für ein gelingendes Zusammenleben?

2. Integrationsorientierungen – | 15

Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?

Integrationsorientierungen

Zunächst ist festzuhalten: Eine einheitliche Meinung über Integration gibt es nicht. Das überrascht nicht, jedoch ist es relevant zu schauen, wo genau die Differenzen liegen. Die Ergebnisse des geschlossenen Frageblocks sind in Tabelle 4 dargestellt. Zu Beginn lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass ein Großteil der Befragten (90 %) der Meinung ist, dass Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollten. Die überwiegende Mehrheit der Bielefelder*innen steht der Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte also positiv gegenüber. Verhaltener jedoch fallen die Antworten auf die Frage aus, ob Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, das beibehalten sollten, was ihnen kulturell bedeutsam ist. Knapp ein Drittel antwortet hier auf der Mittelkategorie (teils/ teils), während knapp die Hälfte im Zustimmungsbereich liegt. Rund 59 % fordern zwar, dass die Neuzugewanderten sich an die Bielefelder*innen anzupassen hätten, knapp 19 % sind jedoch

auch der Meinung, dass sich die Bielefelder*innen mehr anpassen müssten. Bei beiden Fragen stimmen jeweils über ein Viertel zumindest „teils/ teils“ zu, was eine geteilte Verantwortung und vielleicht sogar ein gegenseitiges aufeinander zugehen ausdrücken könnte. Denn in einem wechselseitigen Prozess stehen beide Seiten in der Verantwortung und bewegen sich aufeinander zu. Dabei gibt es auch Unterschiede, wenn man den Vergleich zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte zieht. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind eher der Meinung, dass Eingewanderte das beibehalten sollten, was ihnen kulturell bedeutsam ist. Und sie stimmen häufiger zu, dass sich Neuzugewanderte anzupassen haben. Tendenziell sind sie auch eher eindeutig der Meinung, dass sich die Bielefelder*innen anzupassen haben. Sie fordern also etwas eher eindeutige Anpassungsleistungen von beiden Seiten. Allerdings zeigt sich auf die Gesamtskala gesehen kein großer Unterschied².

Tabelle 4 Einstellungen zur Integration in der Gesamtstichprobe sowie nach Einwanderungsgeschichte differenziert (Angaben in Prozent)

	Trifft überhaupt nicht zu				Trifft voll und ganz zu
Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, sollten an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben. (Gesamt n = 1469)	1,6	1,7	6,8	16,8	73,1
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 731)	1,4	1,8	5,5	16,6	74,9
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 415)	1,7	1,7	5,8	17,8	73,0
Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, sollten das beibehalten, was ihnen kulturell bedeutsam ist. (n=1466)	6,6	11,9	30,6	28,4	22,5
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 730)	6,0	12,6	31,5	29,0	20,8
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 415)	6,0	9,9	28,0	29,7	26,5

² Der Unterschied ist nur bedeutsam, wenn auf die Randkategorie „trifft voll und ganz zu“ geblickt wird. Auf der Gesamtskala ist das Bild differenzierter. Denn Menschen ohne Einwanderungsgeschichte liegen demgegenüber eher auf den mittleren Kategorien und antworten weniger stark im eindeutig ablehnenden Bereich.

16 | 2. Integrationsorientierungen – Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?

Die Stadt Bielefeld sollte alles tun, um alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. (n = 1460)	2,5	4,1	12,9	20,1	60,3
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 732)	2,5	3,3	11,6	21,6	61,1
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 411)	1,5	5,1	13,1	18,5	61,9
Die Stadt Bielefeld sollte alles tun, damit die Menschen ihre kulturellen Werte beibehalten können. (n = 1451)	10,5	16,6	29,8	24,0	19,0
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 724)	10,0	18,1	29,8	25,4	16,9
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 410)	10,5	13,4	29,8	22,7	23,7
Die Neuzugewanderten müssen sich mehr an die Bielefelder*innen anpassen. (n = 1456)	4,4	10,3	26,1	26,0	33,2
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 724)	4,1	12,2	27,2	25,3	31,2
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 412)	5,1	8,3	23,1	26,5	37,1
Die Bielefelder*innen müssen sich mehr an die Neuzugewanderten anpassen. (n = 1455)	32,0	22,6	26,8	12,2	6,5
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte n = 723)	30,6	23,0	28,1	13,1	5,3
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte n = 413)	34,0	22,6	23,7	10,4	9,4

Zum Teil lässt sich in der dargestellten Meinungsvielfalt herauslesen, dass Integration und Zusammenleben immer wieder verhandelt wird. Eine integrative Migrationsgesellschaft beruht nicht auf Stillstand. Sie ist nicht durch die einseitige Anpassungsleistung einzelner geprägt, sondern viel-

mehr als fortwährender Prozess des Ankommens, aufeinander Zugehens und der Veränderung auf Ebene der Bielefelder Stadtgesellschaft zu verstehen. Dafür ist es wichtig, miteinander in Kontakt zu treten, ins Gespräch zu kommen und im Austausch zu bleiben.

Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?

Verwendung des Begriffs „Menschen mit Migrationshintergrund“

An der Verwendung des Begriffs „Menschen mit Migrationshintergrund“ zeigt sich dies exemplarisch besonders gut. Die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und die unterschiedlichen Intentionen bei der Verwendung des Begriffs zeigen sich auch in den Antworten der Bielefelder*innen. Rund 47 % geben an, den Begriff zu nutzen, während 53 % ihn vermeiden (insgesamt n = 1450). Hierbei gibt es keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte.

Die offenen Antworten auf die Frage, warum der Begriff genutzt bzw. nicht genutzt wird, unterstreichen die Unterschiedlichkeit: So wurde 246 mal angegeben, dass die Bezeichnung zutreffend sei, die Personen gut beschreibe, nicht diskriminierend oder weniger abwertend als andere Bezeichnungen sei. Einige finden, die Verwendung „Menschen mit Migrationshintergrund“ sei zur Gewohnheit geworden. Dabei ist eine gewisse Ambivalenz in den Antworten festzustellen. Ein Teil der Befragten versteht den Begriff neutral bzw. möchte Wertschätzung ausdrücken, wie zum Beispiel in folgenden Zitaten ersichtlich:

„Meine Familie hat selbst Migrationshintergrund. Der Begriff ist an sich bei uns nicht negativ besetzt, sondern drückt nur aus, dass unterschiedliche Sprachen und Kulturen in den Alltag einfließen.“

Oder:

„Ich nutze die Bezeichnung [...], weil ich nicht möchte, dass sich jemand durch meine Wortwahl diskriminiert oder unwohl fühlt. Außerdem spiegelt der Ausdruck „mit Migrationshintergrund“ (im Gegensatz zu Begriffen wie „Migrant*in“) wider, dass der Migrationshintergrund eben nur einen kleinen Teil des Menschen ausmacht und die Person viel mehr als ihr Herkunftsland ist. [...].“

Ein weiterer Teil der Befragten findet den Begriff nicht gut, bzw. benennt, dass die Verwendung sich im Laufe der Zeit ändert:

„Ich verwende diesen Begriff, weil er sich etabliert hat. Finde ihn aber schrecklich.“

Oder:

„Ich mag den Begriff andererseits nicht, weil zu sperrig, zu undifferenziert, zu verallgemeinernd.“

In den Rückmeldungen findet sich auch die Meinung, dass die Nutzung des Begriffs kontextabhängig sei.

„Diese Bezeichnung ist durch die häufige mediale Nutzung in meine Sprachgewohnheit eingegangen. Zunächst ist es ja auch eine halbwegs sachliche Zuschreibung, die aber durch die Nutzung in häufig negativem Kontext ein Othering oder sogar rassistische Konnotationen verstärken kann.“

Die je nach Kontext auch negative Verwendung lässt sich beispielsweise anhand des folgenden Zitates bestätigen. Denn den Begriff zu benutzen, weil man ihn für zutreffend hält, kann auch Ausdruck von negativen Vorurteilen sein:

„Sie sind halt keine Deutschen und passen sich nicht an.“

Oder an anderer Stelle:

„Für Menschen, die respektvoll mit allen umgehen, benutze ich das nicht. Dann sind sie angekommen.“

332 mal wurde demgegenüber genannt, dass die Bezeichnung unzutreffend sei, weil es keiner gesonderten Bezeichnung für diese Personengruppe bedürfe, sie abwertend sei, Distanz schaffe, zu ungenau sei oder die Bezeichnung zu umständlich oder förmlich klinge. Eine Reihe dieser Antworten zeigt – wie oben bereits angeklungen –, dass der Begriff schlicht zu lang, abstrakt oder formell ist:

„Der Begriff ist zu sperrig, zu unpersönlich, unfreundlich, eher Beamtendeutsch.“

Daneben drückt sich in den Antworten wiederholt auch die Einschätzung aus, dass der Begriff diskriminierend ist oder negativ verstanden wird:

„Ich benutze den Begriff eher nicht, da er oft stigmatisierend verwendet wird.“

18 | 2. Integrationsorientierungen – Wie denken die Bielefelder*innen über das Zusammenleben?

Oder:

„Weil ich selbst einen Migrationshintergrund habe. Bin als Baby nach Deutschland und lebe hier nun seit mehr als 31 (Jahre) mittlerweile schon seit Jahrzehnten deutscher Staatsbürger. Finde das Wort „Migrationshintergrund“ reduziert mich und andere nur auf meine Abstammung, dabei werden viele Kriterien, wie Persönlichkeit, Leistung und Background Geschichte außer Acht gelassen. Man wird nur darauf reduziert „anders“ zu sein durch das Wort Migrant.“

Teils wird der Begriff auch durch alternative, weniger negativ konnotierte Ausdrucksweisen ersetzt:

„Der Begriff „Migrationshintergrund“ ist inzwischen verbraucht und stigmatisiert möglicherweise. Ich benutze, falls es zum Verständnis überhaupt nötig ist, den Begriff „Menschen mit Einwanderungsgeschichte.“ Er macht auf jeden Fall deutlich, dass Migration auch in späteren Generationen immer auch Geschichte hat.“

Oder:

„Nenne ich „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte““.

Zum Teil wird auch ein Gleichheitsanspruch zwischen allen Menschen deutlich gemacht, dem der Begriff nicht gerecht wird:

„Mensch bleibt Mensch, egal woher er kommt.“

Diese Gleichheit oder das Zugehören zur Gesellschaft wird teils jedoch an Bedingungen geknüpft, beispielsweise an bestimmte Verhaltensweisen:

„Für mich ist jeder Mensch gleich, so lange er sich in die Gesellschaft integriert und zum allgemeinen Wohl beiträgt. Da ist es mir egal, welche

Nationalität dieser Mensch hat.“

Und nicht zuletzt wird der Begriff auch als unzutreffend wahrgenommen oder nicht verwendet, um negative Einstellungen bis hin zu menschenfeindlichen Vorurteilen und Rassismus auszudrücken:

„Das Wort bzw. die Bezeichnung ist viel zu lang. Außerdem benehmen sich viele dieser Menschen nicht so, wie man es tut, wenn man in ein anderes Land zieht. Sie wollen ihre Religion/Kultur /Regeln durchsetzen, deshalb sind es für mich Ausländer!“

Oder:

„Menschen, die sich integrieren sind Mitbürger, solche die sich nicht integrieren sind für mich Ausländer oder [besonders rassistischer Ausdruck]“.

Insgesamt zeigt sich: Nicht nur an der nahezu hälftigen Teilung der Meinungen wird deutlich, dass es eine Herausforderung ist, ein gemeinsames sprachliches Verständnis in der Migrationsgesellschaft herzustellen. Auch die offenen Antworten legen nahe, dass weder ein gemeinsames Verständnis noch eine klare Verwendung von Begriffen herrschen. Vielmehr sind die Intention und der Kontext von Bedeutung. So wird der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ von einer wertschätzenden Absicht bis hin zum Ausdruck von Rassismus verwendet. Nicht zuletzt wird auch an diesen Ergebnissen deutlich, wie wichtig es ist, auf die tatsächlichen Erfahrungen der Bielefelder*innen zu schauen. Wie viele erleben in einer so heterogenen Gesellschaft Diskriminierung und wie zeigt sich dies ganz konkret?

³ In der Wiedergabe der Zitate wollen wir die Einstellung der Bielefelder*innen möglichst genau wiedergeben. Besonders menschenfeindliche Ausdrücke haben wir allerdings nicht aufgenommen, um diesen Rassismus nicht zu reproduzieren.

Während die bisher berichteten Ergebnisse eher die Einstellungsebene, d.h. die Meinungen der Bielefelder*innen zu Zusammenleben und Integration widerspiegeln, befassten sich zwei weitere große Teile der Umfrage mit den alltäglichen

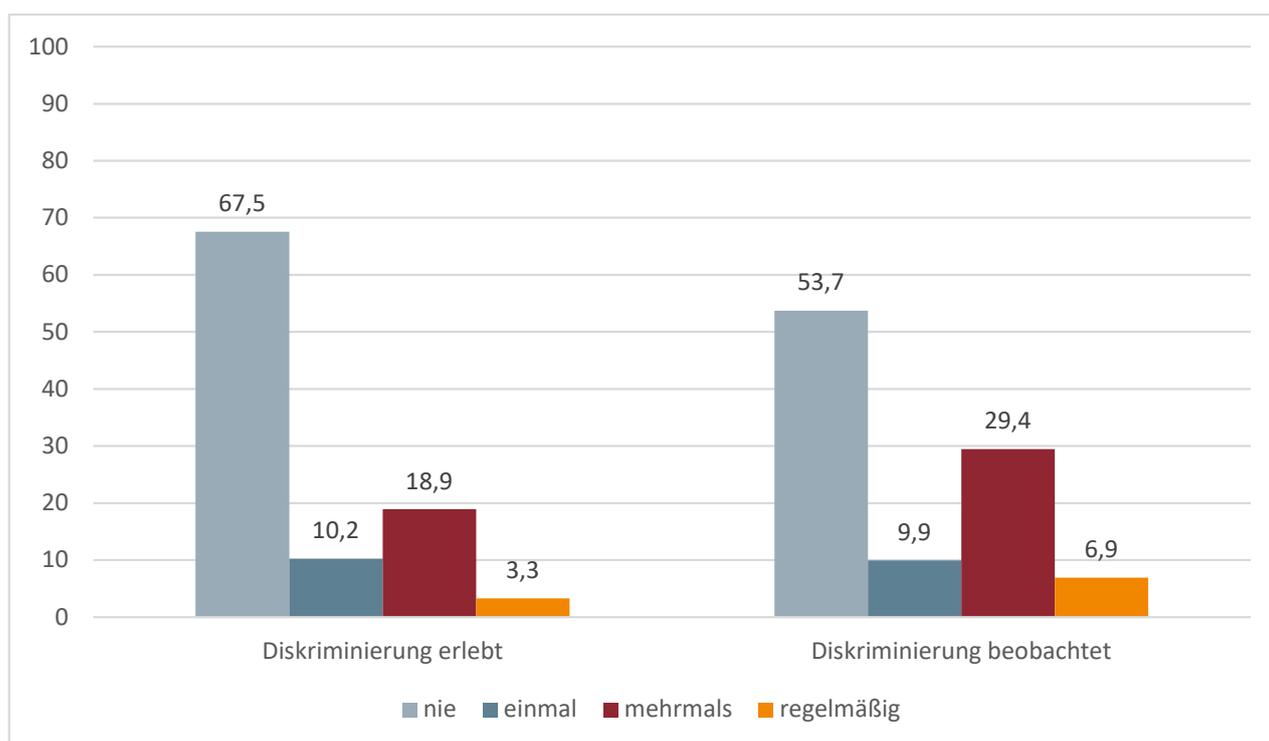
Erfahrungen der Befragten. Dabei handelt es sich zum einen um Diskriminierungserleben, wie die Ergebnisse in diesem Kapitel zeigen, und zum anderen um die Erfahrungen zu allgemeinen Hürden, die im letzten Kapitel dargestellt werden.

Diskriminierungserleben

Um sich dem Diskriminierungsgeschehen in unserer Stadt zu nähern, wurden die Befragten um eine Einschätzung gebeten, wie häufig sie sich in den letzten zwölf Monaten in ihrem Alltag in Bielefeld diskriminiert gefühlt haben. Zusätzlich wurde gefragt, wie häufig sie eine Situation beobachtet haben, in der eine andere Person oder Gruppe diskriminiert wurde (siehe Abb. 1). Die Fragen bezogen sich jeweils auf die letzten zwölf Monate, um einen vergleichbaren Zeitraum zu erhalten. Dabei zeigt sich, dass ein großer Teil der Bielefelder*innen Diskriminierung erlebt. Rund ein Drittel hat mindestens einmal Diskriminierung erfahren. Fast die Hälfte der Befragten hat Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten zudem bereits mindestens einmal beobachtet.

Wenig überraschend ist, dass der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte statistisch signifikant und deutlich ausfällt (siehe Abb. 2). Menschen mit Einwanderungsgeschichte erleben häufiger Diskriminierung (rund 45 % mindestens einmal) als solche ohne Einwanderungsgeschichte (26 %). Auch in der Beobachtung zeigt sich dieser Unterschied (siehe Abb. 3). Menschen mit Einwanderungsgeschichte beobachten häufiger Diskriminierung (51 % im Vergleich zu 43 % mindestens einmal). Das könnte sowohl auf ein erhöhtes Vorkommen von Diskriminierung im Alltag bestimmter Gruppen hinweisen als auch auf eine erhöhte Sensibilität für Situationen, in denen andere diskriminiert werden.

Abbildung 1 Diskriminierungserleben und -beobachten in Bielefeld insgesamt (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Fragetext und Anzahl der Befragten: „Wie häufig haben Sie sich in den letzten 12 Monaten in Ihrem Alltag in Bielefeld diskriminiert gefühlt?“, n = 1417 und „Haben Sie in den letzten 12 Monaten in Bielefeld eine Situation beobachtet, in der Ihrer Meinung nach eine andere Person oder Gruppe diskriminiert wurde?“, n = 1301.

20 | 3. Erleben von Diskriminierung

Abbildung 2 Unterschiede im Diskriminierungserleben bei Menschen mit (n = 416) und ohne (n = 729) Einwanderungsgeschichte

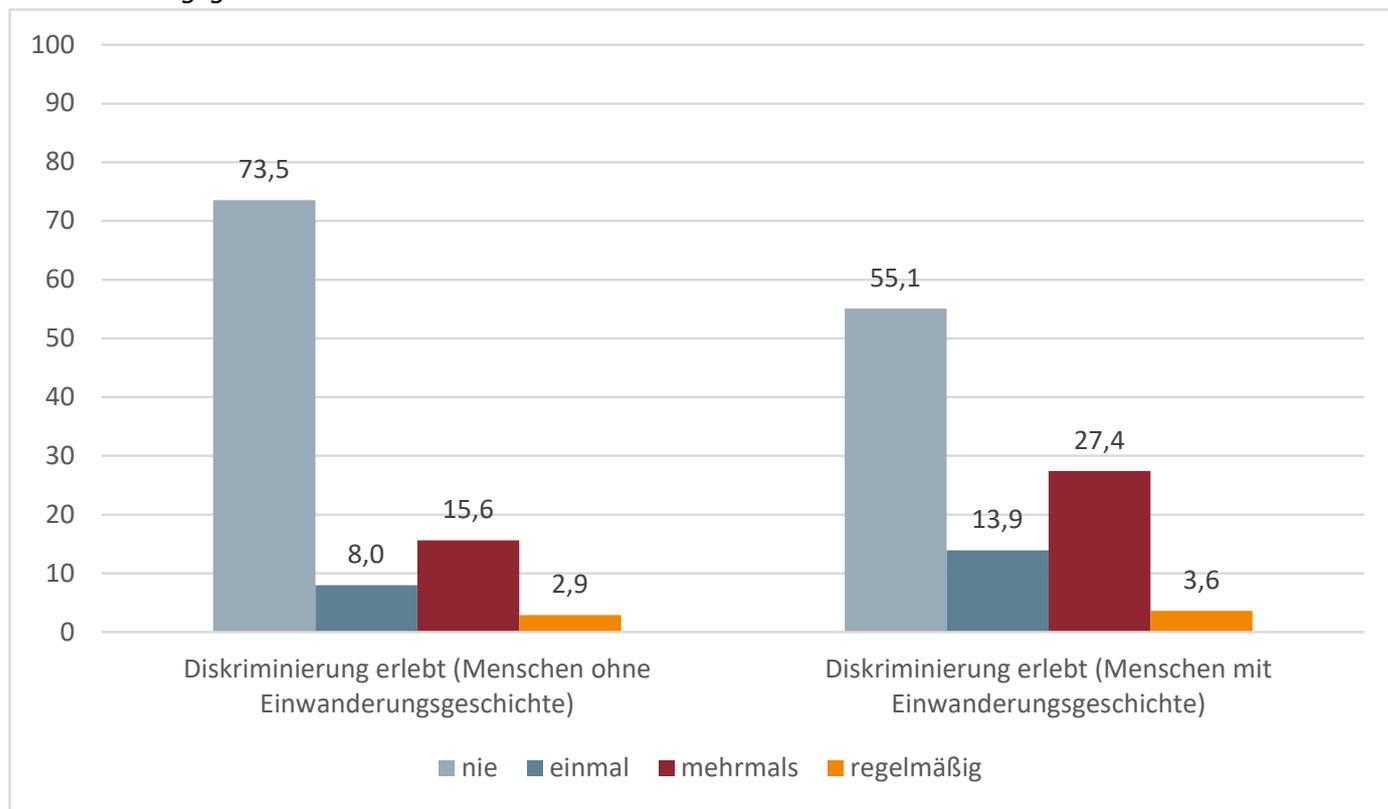
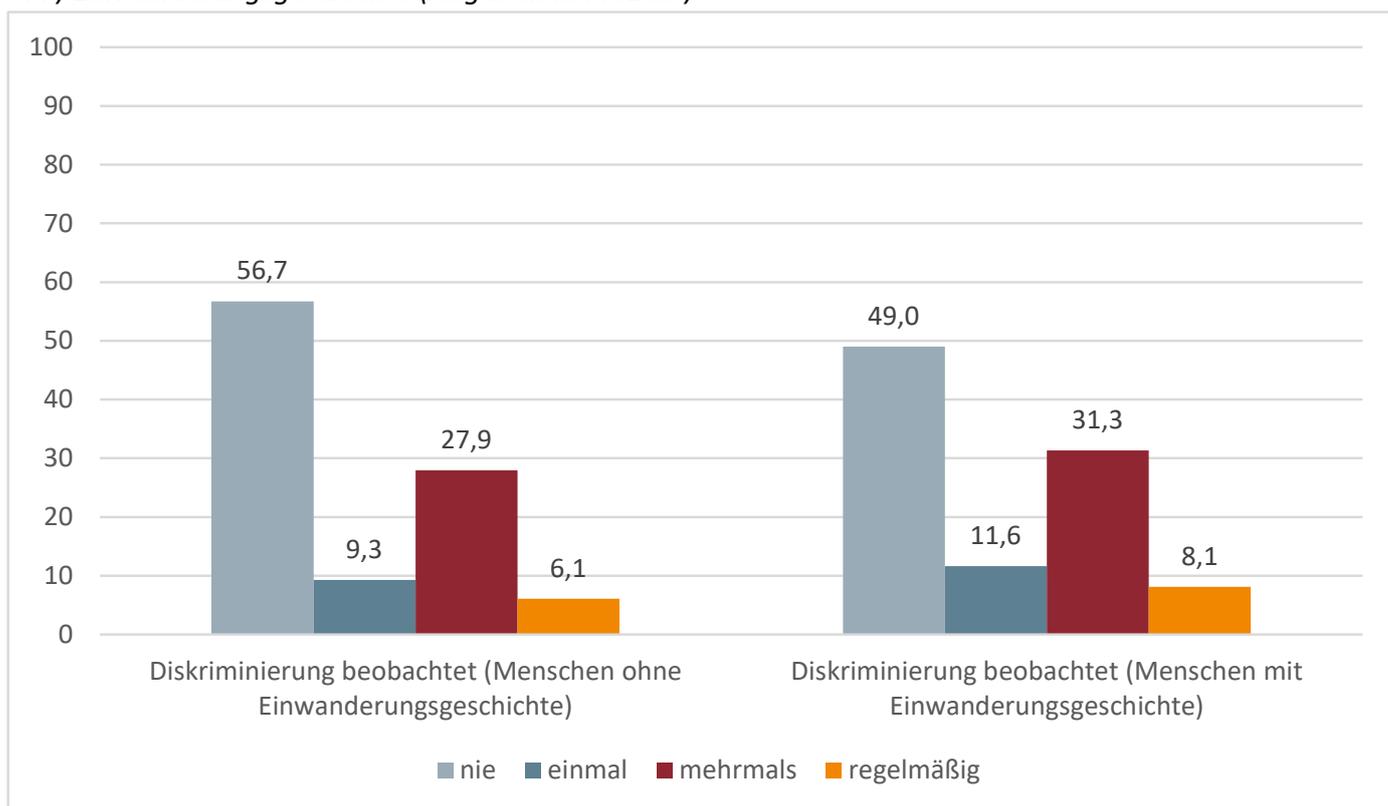


Abbildung 3 Unterschiede im Beobachten von Diskriminierung bei Menschen mit (n = 396) und ohne (n = 677) Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)

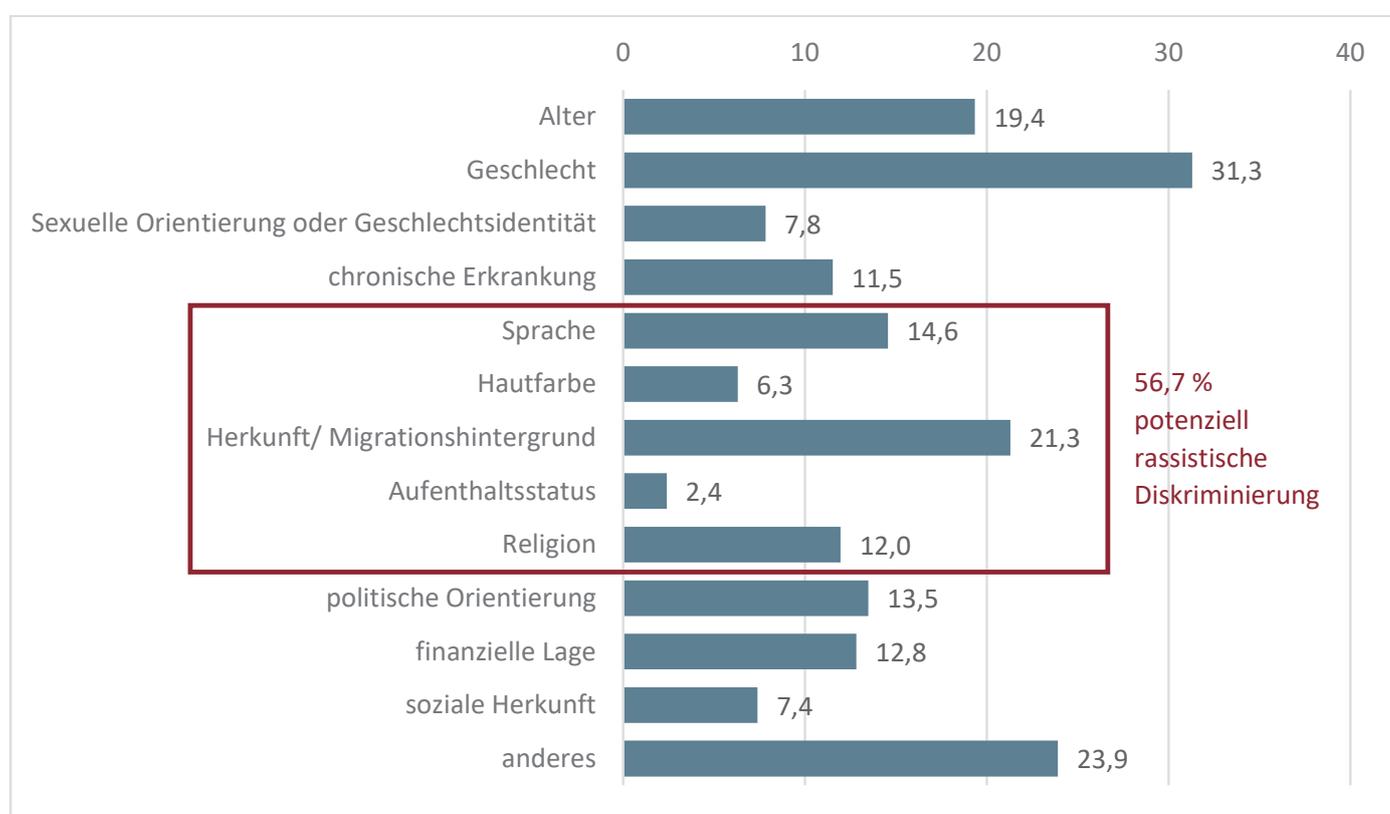


3. Erleben von Diskriminierung | 21

Mit Blick auf die spezifischen Diskriminierungsmerkmale wird deutlich, dass Bielefelder*innen aufgrund verschiedenster (zugeschriebener) Merkmale Diskriminierungen erfahren (siehe Abb. 4). Am häufigsten werden potenziell rassistische Diskriminierungsmerkmale (Sprache, Hautfarbe, Herkunft, Aufenthalt und Religion) genannt. Zusammengefasst sind das rund 57 % der Rückmeldungen. An zweiter Stelle steht die Diskrimi-

nierung aufgrund des Geschlechts, welche als häufigstes Einzelmerkmal von nahezu einem Drittel der Befragten genannt wird. Rund ein Viertel der Befragten hat „anderes“ genannt. Die Rückmeldungen fallen sehr vielfältig aus. Eine geringe Anzahl der Befragten (22) hat unter „anderes“ angegeben, dass sie beispielsweise Ausgrenzung durch Menschen mit Einwanderungsgeschichte bzw. aufgrund ihres Deutschseins erfahren.

Abbildung 4 Diskriminierungsmerkmale (Angaben in Prozent)



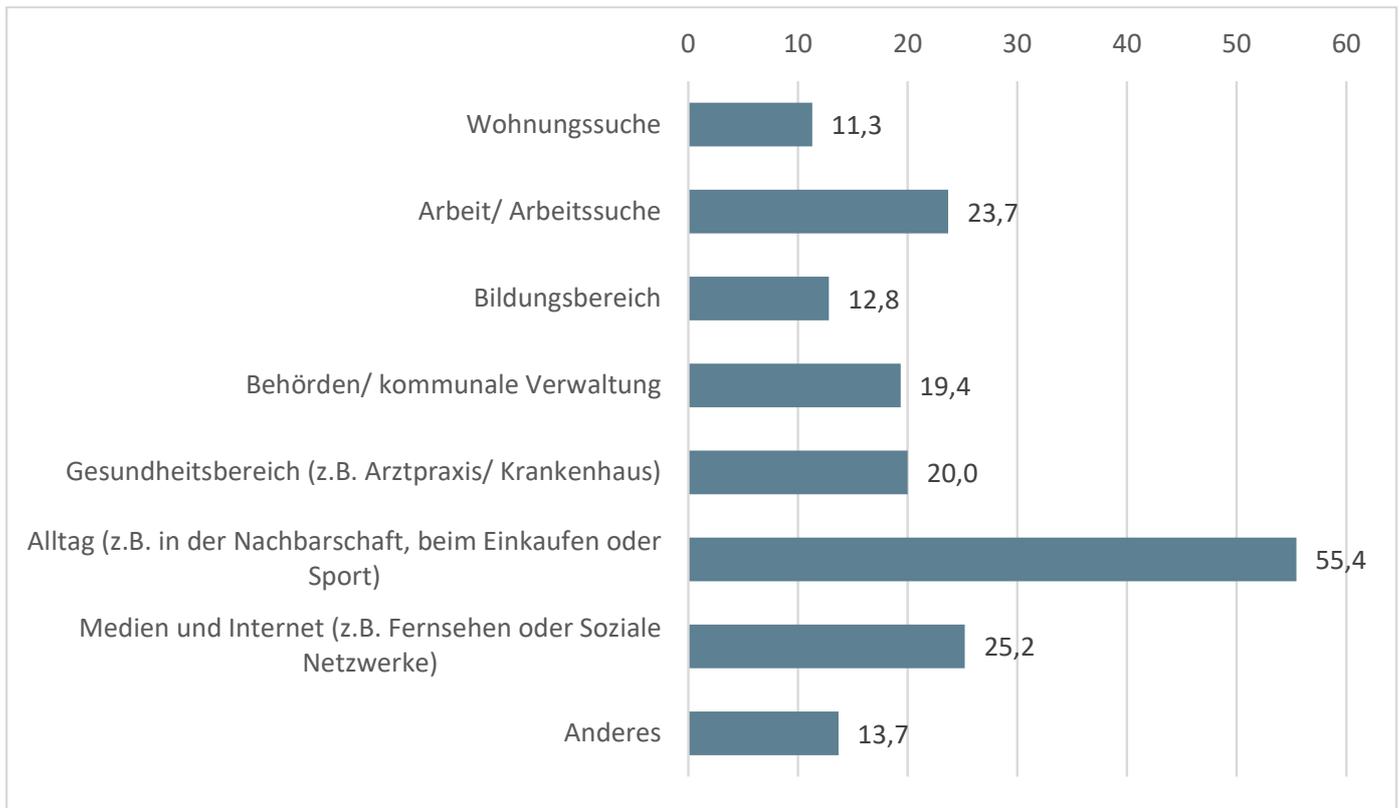
Anmerkung: Aufgeführt sind die Antworten der Befragten, welche Diskriminierung mindestens einmal erlebt haben (n = 460). Mehrfachantworten waren möglich.

Gefragt nach den Kontexten, in denen Diskriminierung geschieht, wird mit Abstand am häufigsten Alltagsdiskriminierung genannt (siehe Abb. 5). So gibt über die Hälfte der Befragten den Alltag als Kontext der Diskriminierung an. Dies spiegelt sich auch in den unten folgenden

offenen Antworten wider. Darauf folgen Nennungen im Kontext Medien und Internet (ca. 25 %) sowie Arbeit/ Arbeitssuche (ca. 24 %). Von einem Fünftel der Befragten wird Diskriminierung auch bei Behörden oder in der kommunalen Verwaltung erlebt.

22 | 3. Erleben von Diskriminierung

Abbildung 5 Diskriminierungskontexte (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Aufgeführt sind die Antworten der Befragten, welche Diskriminierung mindestens einmal erlebt haben (n = 460). Mehrfachantworten waren möglich.

Die Befragten hatten die Möglichkeit, die Situationen in einem offenen Textfeld genauer zu beschreiben. Die folgenden Beispielzitate verdeutlichen die häufig berichtete rassistische und auch sexistische Diskriminierung. Zum Teil wurde auch die Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungsformen beschrieben.

„Auf der Straße wurde gesagt, geh dorthin wo du herkommst. Vor der Bürgerberatung wurde in meine Richtung gespuckt und ich wurde beschimpft“

„Cat Calling auf dem Nachhauseweg oder beim Joggen“

„Häufig zu hören bekomme ich „Man, kannst du aber sehr gut deutsch sprechen“! Ich meine warum nicht, ich bin hier geboren und aufgewachsen!!! Lernt endlich damit umzugehen.“

„Ich kontaktierte eine Wohnungsgesellschaft,

um eine im Internet angebotene Wohnung zu besichtigen. Als ich von mir berichtete (Nachname, keine Kinder, gesichertes Einkommen) wimmelte man mich ab. Die einzige Nachfrage, die mir gestellt wurde war: „Wie war nochmal ihr Nachname? Oh sie kommen aus der Türkei...“. Die Wohnung bekam ich nicht zu sehen“

„Aufgrund meiner russischen Abstammung gab es Anfeindungen wegen dem Ukrainekrieg.“

„Regelmäßig passiert es, dass ich von Männern mit Migrationshintergrund als „Schlampe“ bezeichnet werde, wenn ich auf zuvor geschehenes Cat-Calling deutlich abwehrend reagiere.“

Wenige Personen reproduzieren auch an dieser Stelle völkisch-nationalistische Vorstellungen einer Überfremdung und beschreiben sich als Deutsche, die sich fremd im eigenen Land und durch Menschen mit Einwanderungsgeschichte diskriminiert fühlen.

Auch die Beschreibungen von beobachteten Situationen lassen das bisher statistisch beschriebene tatsächliche Erleben der Befragten deutlich werden. Diskriminierung wird an den unterschiedlichsten Orten bzw. in diversen Kontexten beobachtet, beispielsweise im Wartezimmer, bei der Arbeit, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Wohnungssuche oder ganz allgemein im Alltag und im öffentlichen Raum.

„In Wartezimmern werden Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, leider sehr oft verbal mißhandelt. Ich verstehe, daß Sprechstundenhilfen erheblichen nervlichen Belastungen ausgesetzt sind. Ich sehe aber leider immer wieder, daß Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, gedemütigt werden. Das beginnt bei der Lautstärke. Manche Sprechstundenhilfen glauben wohl, daß Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, plötzlich Deutsch können, wenn man sie anschreit.“

„Bewerbung einer Auszubildenden, die in der Ausbildung ihr Kopftuch tragen wollte, was aber nach Teamentscheidung unseres Betriebs nicht gewünscht ist. Hier kollidierten unserer corporate Identity und die Freiheit der Kleidungswahl.“

Da wir einheitliche Dienstkleidung vorschreiben, haben wir uns gegen die Bewerbung entschieden.“

„Busfahrer von Mobiel wurde aufgrund seiner Hautfarbe mit dummen und rassistischen Sprüchen angepöbelt.“

„Eine Mitschülerin meiner Tochter (16 J.) wurde aufgrund ihres Kopftuchs in der Schule (Gymnasium) von einem Lehrer mehrfach unpassend angesprochen. Der Schulleiter wollte den Vorfall nicht mit dem Lehrer und der Mitschülerin besprechen. Diese wechselt nun die Schule, da sie sich dort nicht mehr wohlfühlt.“

„Eine Frau zwischen 30 und 40 führte in der Stadt ein Telefongespräch auf Arabisch. Dabei wurde sie von einem älteren Mann angepöbelt mit den Worten: „In Deutschland wird Deutsch gesprochen.““

„Während einer Wohnungsbesichtigung hat die Vermieterin – im Vertrauen – erzählt, dass sie die Wohnung nicht an „Ausländer“ vermieten möchte. Ich habe mich gegen die Wohnung entschieden.“

Beratungsangebote im Diskriminierungsfall

Während für viele Bielefelder*innen Diskriminierung also zum Alltag gehört, sind Beratungsangebote im Fall von Diskriminierung kaum bekannt. Lediglich bei 17 % der Befragten sind diese bekannt. Unter Befragten, die Diskriminierung bereits erlebt haben, sind es nur 21 % und sie werden selbst im Fall von Diskriminierung kaum wahrgenommen (3 %), siehe Tabelle 5.

Ein geringer Teil der Befragten hat uns auch eine Rückmeldung gegeben, warum Sie die Beratungsstellen selbst im Diskriminierungsfall nicht aufgesucht haben. Am häufigsten wird hierbei zurückgemeldet, dass sie sich lieber Hilfe bei Familie oder Freunden suchen (77 %) oder sich mit Betroffenen austauschen (64 %). Nur ein kleinerer Teil hat nichts Gutes über das Angebot gehört (13 %).⁴

⁴ Ausgewertet wurden nur die Antworten von Befragten, die Diskriminierung erlebt haben, eine Beratungsstelle kennen und diese nicht aufgesucht haben (n = 83). Etwas weniger (62-70) haben die verschiedenen Antwortmöglichkeiten angekreuzt.

24 | 3. Erleben von Diskriminierung

Tabelle 5 Kenntnis und Aufsuchen von Diskriminierungs-Beratungsstellen in Bielefeld (Angaben in Prozent)

	Nein	Ja
Kenntnis von Beratungsstellen im Diskriminierungsfall unter allen Befragten (n = 1359)	83,3	16,7
Kenntnis von Beratungsstellen im Diskriminierungsfall unter Befragten, die Diskriminierung mindestens einmal erlebt haben (n = 445)	79,1	20,9
Haben Sie schon mal eine solche Person oder Beratungsstelle wegen eines Falles von Diskriminierung aufgesucht? (n = 449)	97,3	2,7

Anmerkung: Fragetext zu Zeile 1 und 2: „Kennen Sie Personen oder Beratungsstellen in der Stadt, an die Sie sich im Diskriminierungsfall wenden können?“

Die Befragten hatten zudem die Möglichkeit anzugeben, welche Beratungsstellen sie in Bielefeld kennen, an die sie sich im Diskriminierungsfall wenden können. Das hat ein geringer Teil von knapp 12 % der Befragten gemacht.

Dabei wurden Beratungsstellen von Trägern und Vereinen (53 Nennungen) – wie das IBZ (9), die AWO (8), der AK Asyl (5) oder Pro Familia (5) – am häufigsten genannt. Aber auch Angebote für Frauen und Mädchen (17) wie z.B. die psychologi-

sche Frauenberatung oder Frauenhäuser wurden häufig genannt. Die Befragten gaben weiterhin das Kommunale Integrationszentrum und andere Antidiskriminierungsstellen (48) oder allgemein das Rathaus oder die Bürgerberatung (47) an.

Allerdings zeigt sich in der (fehlenden) Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten insgesamt eine gewisse Distanz im Zugehen auf öffentliche Angebote (siehe Kap.4).

Ideen für ein diskriminierungsfreies Bielefeld

Gefragt nach Verbesserungen, welche die Stadt Bielefeld implementieren könnte, damit Diskriminierung in Zukunft weniger häufig auftritt, werden äußerst vielfältige Ideen genannt, insbesondere kulturelle Angebote und Beratungsangebote wie offene Räume und soziale Arbeit.

Dabei wird sowohl gefordert, mehr solcher Angebote einzurichten als auch sich für eine weitere Bekanntheit bestehender Angebote stark zu machen. Zudem werden mehr Kommunikation untereinander, mehr Miteinander und Aufklärung sowie die Sichtbarmachung von Vielfalt genannt. Im Folgenden einige beispielhafte Zitate:

„Es müsste viel mehr niederschwellige Angebote geben, wo man sich kennenlernen kann und wo Beziehungen entstehen. Diskriminierung hört auf, wenn das zunächst Fremde nicht mehr Angst macht, sondern spannend und interessant wird. Mich nervt es unglaublich, dass wir als relativ

kleine Organisation all das Gute, was entstanden ist und noch entstehen könnte, nicht finanziert kriegen. Ich würde es also mega begrüßen, wenn kulturell Verbindendes – was es ja in Bi mit Sicherheit gibt, gerne auch als ehrenamtliches Engagement – identifiziert und unterstützt würde.“

„Ausbau der Schulsozialarbeit, so können Konflikte im Schulkontext besser gelöst werden und Schule ist ein Ort an dem das Miteinander in überschaubaren Rahmen geübt werden kann.“

„Begegnungen unter verschiedenen Menschen fördern, das kann auch einfach durch Sichtbarmachung von existierenden Veranstaltungen sein. So war das no racism festival auf dem Kesselbrink eine tolle Veranstaltung mit wichtigen Gästen und super Musik. War aber zum Beispiel auf den Seiten der Stadt Bielefeld und sonstigen Veranstaltungsseiten nicht zu finden. Total schade.“

3. Erleben von Diskriminierung | 25

„Mehr Aufklärungsarbeit, Trainings für diskriminierungskritisches Handeln in städtischen Einrichtungen, Förderung von Diversität unter den Mitarbeitern, Empowerment- Maßnahmen für Betroffene, kommunale Antidiskriminierungsstellen speziell für den schulischen Bereich einrichten“

„Nachbarschaftszusammenhalte stärken, Antidiskriminierungsstelle besser bewerben & Informationen veröffentlichen/ Zugang erleichtern“

„Plakat-/Flyerkampagnen gegen Diskriminierung“

„Das ist eine Frage von „Bewusstsein“ und kann insofern nicht durch einzelne Engagements bearbeitet werden. Die Verantwortung für das eigene Denken, Sprechen und Handeln tragen die Individuen schon selbst. Was m. E. ein häufig wiederkehrender politischer Fehler ist, ist die Rede davon „die Sorge der Menschen ernst zu nehmen“. Wenn Menschen diffuse Ängste kultivieren, etwa die der „Überfremdung“, und aufgrund ihrer Ängste dann diskriminierendes Verhalten an den Tag legen oder Parteien wählen, die entsprechende Wahlversprechen abgeben, dann ist es ein Fehler diese Positionen zu hofieren.“

Es zeigen sich an den Ergebnissen insgesamt eine Reihe von Handlungsfeldern. Zum einen ist für ein gutes Zusammenleben wichtig, darauf zu blicken, dass und wie Bielefelder*innen Diskriminierung erfahren, und gleichzeitig anzuerkennen, dass Diskriminierungserfahrungen für viele alltäglich sind. Zum anderen bedarf es einer Reflexion der Angebotsstruktur auf breiter Ebene.

So legen die Daten nahe, dass Angebote im Diskriminierungsfall in weiten Teilen nicht bekannt sind oder nicht wahrgenommen werden.

Anti-Diskriminierung und damit verbundene Unterstützungsangebote bedürfen andauernder Arbeit, stetiger Förderung und inhaltlicher Transparenz. Inwiefern dies auch bei anderen Heraus-

forderungen, abseits von Diskriminierung, der Fall ist, beleuchtet das nächste Kapitel. Positiv festzuhalten bleibt jedoch zunächst: Trotz allem haben die Bielefelder*innen eine Reihe von Ideen, was gegen Diskriminierung zu tun ist und wie das Zusammenleben in unserer Stadt besser gelingen kann.

Das ist insbesondere deswegen als wichtig anzuerkennen, da Diskriminierung das alltägliche Leben vieler Bielefelder*innen negativ beeinträchtigt und damit einem gleichwertigen Miteinander in einer offenen Gesellschaft entgegensteht. Daher bedarf es allgemeiner Solidarität und Angeboten, die ganz konkret Unterstützung im Diskriminierungsfall bieten können.⁵

⁵ Siehe auch der Bericht zu Beratungs- und Arbeitsschwerpunkten in den Jahren 2020 bis 2023 der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Bielefeld, Kommunales Integrationszentrum.

26 | 4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden

Neben Diskriminierung gibt es noch eine Reihe weiterer Hürden, derer sich Bielefelder*innen in ihrem Alltag ausgesetzt sehen. Daher werfen wir im letzten Teil des Monitorings noch einen Blick auf allgemeine Herausforderungen hinsichtlich der Teilhabe an der Stadtgesellschaft. In diesem Themenblock wurde beispielsweise gefragt, wie

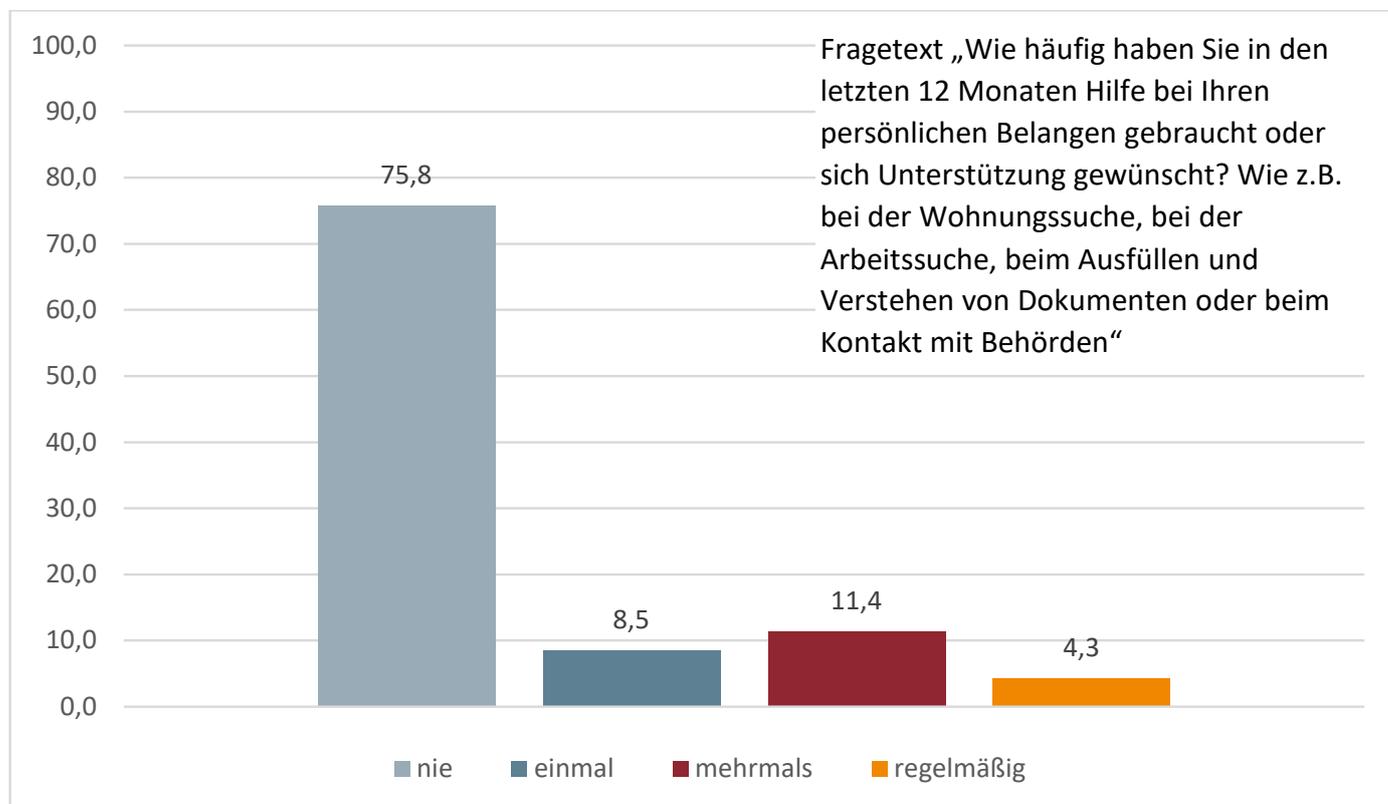
häufig die Befragten Unterstützung benötigt haben und welche Angebote als hilfreich eingestuft werden. Denn ein gutes Zusammenleben kann nur gelingen, wenn Unterstützung dort ankommt, wo sie benötigt wird, und alle Bielefelder*innen einen guten Zugang zu Unterstützungsangeboten haben.

Unterstützungsbedarfe und -wünsche

Insgesamt ist es rund ein Viertel der befragten Bielefelder*innen, das mindestens einmal Hilfe bei persönlichen Belangen benötigt oder sich gewünscht hätte (siehe Abb. 6). Demgegenüber stehen 75 % der Befragten, die in den letzten zwölf Monaten nicht auf Unterstützung, zum Beispiel bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche, beim Ausfüllen oder Verstehen von Dokumenten oder beim Kontakt mit Behörden angewiesen waren.

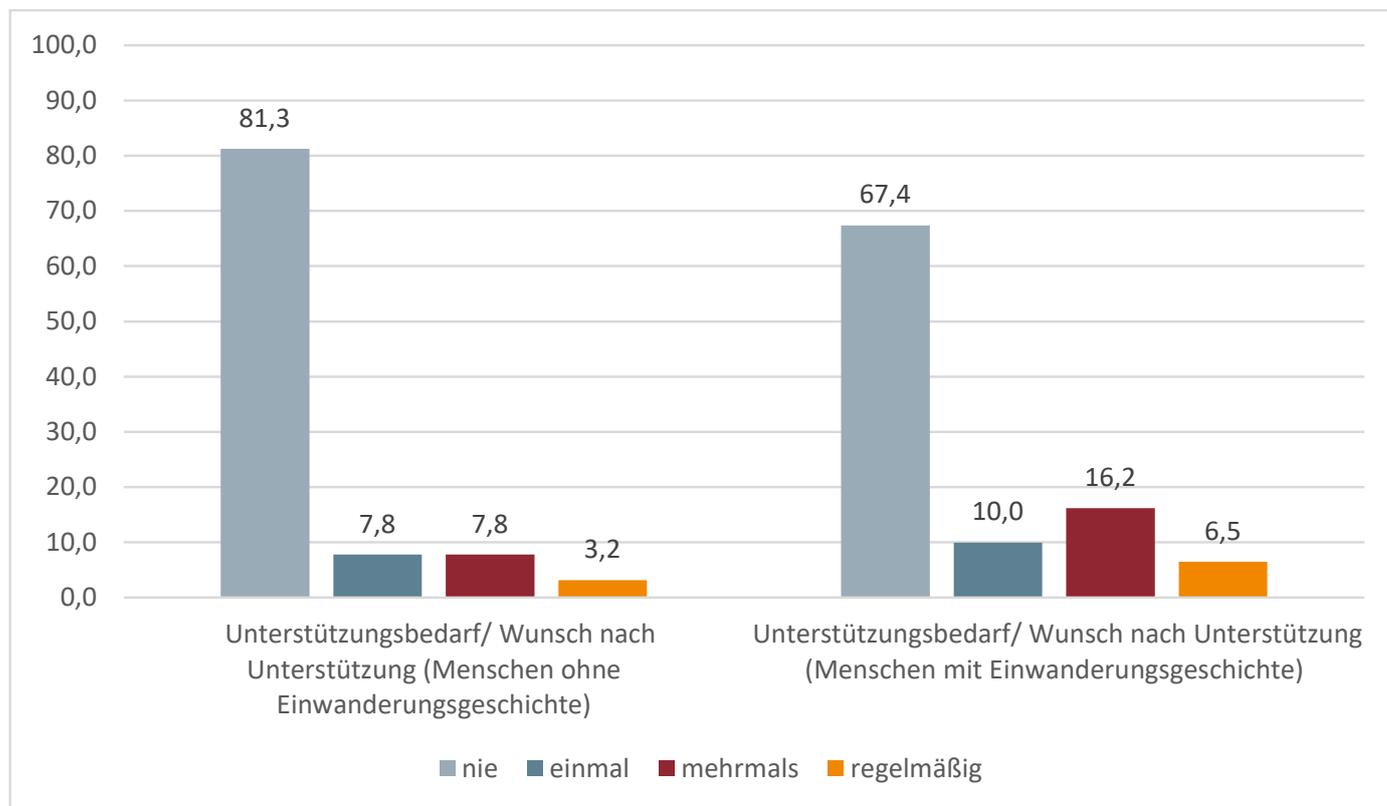
Der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist statistisch signifikant und deutlich. Während bei ersteren zusammengenommen rund ein Drittel angibt, mindestens einmal in den letzten 12 Monaten Unterstützungsbedarf gehabt zu haben, sind es bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte nur rund ein Fünftel (siehe Abb. 7).

Abbildung 6 Persönlicher Unterstützungsbedarf bzw. -wunsch (Angaben in Prozent, n = 1278)



4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden | 27

Abbildung 7 Unterstützungsbedarf bzw. -wunsch bei Menschen mit (n = 694) und ohne (n = 402) Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)



Daran anschließend wurden die Befragten gebeten, in Form einer offenen Antwort die häufigsten Anliegen anzugeben, bei denen sie Hilfe benötigt oder sich gewünscht haben. 75 % derjenigen, die bereits Hilfe benötigt haben, haben Bedarfe und Wünsche geäußert. Die meisten gaben Unterstützungsbedarfe- und wunsche im Bereich „Kontakt mit Behörden“ an (97 Befragte). Dabei wurde am häufigsten der allgemeine Umgang mit Ämtern, Anträge vom Amt, Bürokratie oder „Amtsdeutsch“ genannt (36 Nennungen).

Der Kontext Finanzangelegenheiten (z.B. Steuererklärung, Grundsteuer oder Finanzamt allgemein) wurde ebenso häufig angesprochen. Elterngeld und behördliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit Elternwerden und -sein (z.B. Elternzeit, Kita-Suche, Bildung und Teilhalbe) sind ebenfalls vergleichsweise häufig angegeben worden (18). Darüber hinaus beschreiben eine Reihe von Befragten (45) Unterstützungsbedarfe und -wünsche beim Ausfüllen und Verstehen von Dokumenten und Anträgen im Allgemeinen.

Unterstützungs- und Beratungsangebote

Beratungsangebote in diesem Bereich sind mehr Bielefelder*innen bekannt als beim Thema Diskriminierung.

Allerdings zeigt sich hinsichtlich der Angebote und ihrer Bekanntheit sowie ihrer Wahrnehmung

auch hier eine gewisse Distanz: Einem Drittel der Bielefelder*innen sind Unterstützungsangebote in der Stadt bekannt, aber nur von einem Viertel werden diese auch wahrgenommen, wenn sie Hilfe benötigen (siehe Tab. 6).

28 | 4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden

Tabelle 6 Kenntnis und Aufsuchen von Unterstützungsangeboten in Bielefeld (Angaben in Prozent)

	Nein	Ja
Kennen Sie eines oder mehrere Angebote in Bielefeld, die bei der Bewältigung von schwierigen persönlichen Lebenslagen helfen? (n = 1236)	66,3	33,7
Wenn Sie Hilfe bei Ihren Anliegen benötigen haben, haben Sie Hilfe in Anspruch genommen? (n = 944)	74,9	25,1

Von Bedeutung ist an dieser Stelle auch, wie hoch der Bekanntheitsgrad des Integrationsrates ist, der einen besonderen Fokus auf Bedarfe und Problemlagen der Migrationsgesellschaft legen soll.

Seine Bekanntheit ist ähnlich hoch, wie die Angebote allgemein (28 %, siehe Tab. 7).

Der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist dabei gering.

Tabelle 7 Kenntnis des Integrationsrats in Bielefeld

	Nein	Ja
Kennen Sie den Integrationsrat der Stadt Bielefeld? (Gesamtstichprobe, n = 1226)	71,7	28,3
(Menschen ohne Einwanderungsgeschichte, n = 682)	70,0	30,0
(Menschen mit Einwanderungsgeschichte, n = 399)	72,9	27,2

Die Befragten wurden zudem gebeten, in einem offenen Antwortfeld eines oder mehrere Angebote anzugeben, die sie kennen und die bei der Bewältigung von schwierigen persönlichen Lebenslagen helfen. Darauf hat ein Fünftel der Befragten mit einer großen Bandbreite von Angeboten geantwortet. Die meisten Befragten (91) haben im Bereich behördliche Angelegenheiten Angebote genannt – z.B. Stadt Bielefeld allgemein (27 Nennungen), Jugendamt oder Sozialamt (18) oder Bürgerberatung (13). Aber auch Angebote von Trägern wurden von 85 Befragten angegeben, darunter Angebote der Diakonie (30 Nennungen), der AWO (25) oder von Bethel (20). Ebenfalls sind

Vereine wie ProFamilia (31), Caritas (25) oder GfS (11) bekannt, wenn Hilfe benötigt wird. Letztlich wurden auch häufig Angebote aus dem Gesundheitssektor genannt, wie z.B. Telefonseelsorge (28 Nennungen), Selbsthilfegruppen (10) oder psychosoziale Beratungsstellen (9).

Festzuhalten ist auch: Befragte, die Unterstützungsangebote aufgesucht haben, haben zum Großteil positive Erfahrungen gemacht. Das zeigt sich daran, dass 84 % die Beratungsstelle erneut aufsuchen würden. Daneben berichten 28 % der Bielefelder*innen, dass sie sich weitere Unterstützungsangebote in ihrem direkten Wohnumfeld oder Bielefeld insgesamt wünschen (siehe Tab. 8).

Tabelle 8 Erfahrungen und Erweiterung von Unterstützungsangeboten in Bielefeld (Angaben in Prozent)

	Nein	Ja
Würden Sie die Beratungsstelle erneut aufsuchen? (n = 184) ^a	16,3	83,7
Gibt es Unterstützungsangebote, die Sie sich in Ihrem direkten Wohnumfeld oder in Bielefeld insgesamt wünschen würden? (n = 676) ^b	71,6	28,4

Anmerkung: ^a = Aufgeführt sind die Antworten der Befragten, welche angegeben haben, dass sie Hilfe in Anspruch genommen haben, wenn sie Hilfe bei Ihren Anliegen benötigen haben (n = 237). ^b = Mit nur 676 Befragten haben an dieser Stelle im Fragebogen verhältnismäßig viele Befragte eine Antwort ausgelassen, obwohl sie sich an alle Befragten richtete. Im weiteren Verlauf der Antworten liegt die Anzahl der Befragten wieder höher. Es ist daher davon auszugehen, dass viele Befragte sich von dieser Frage nicht angesprochen gefühlt haben.

4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden | 29

Offen nach den Angeboten gefragt, die sie sich wünschen, haben knapp 10 % der Befragten eine Rückmeldung gegeben und dabei allgemeine oder zielgruppenbezogene Angebote beschrieben bzw. sich Unterstützung in bestimmten Lebensbereichen gewünscht. Vor allem der Wunsch nach einem verstärkten Miteinander und mehr Austausch wurde von 25 Befragten geäußert: So schlägt eine befragte Person beispielsweise **„Viertelbezogene runde Tische mit Menschen die gerade angekommen sind und solche, die schon immer hier waren.“** vor, während eine andere Rückmeldung den Wunsch **„offene Treffpunkte für Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen (Begegnungszentren) oder Veranstaltungen in Parks.“** einzurichten ausdrückt.

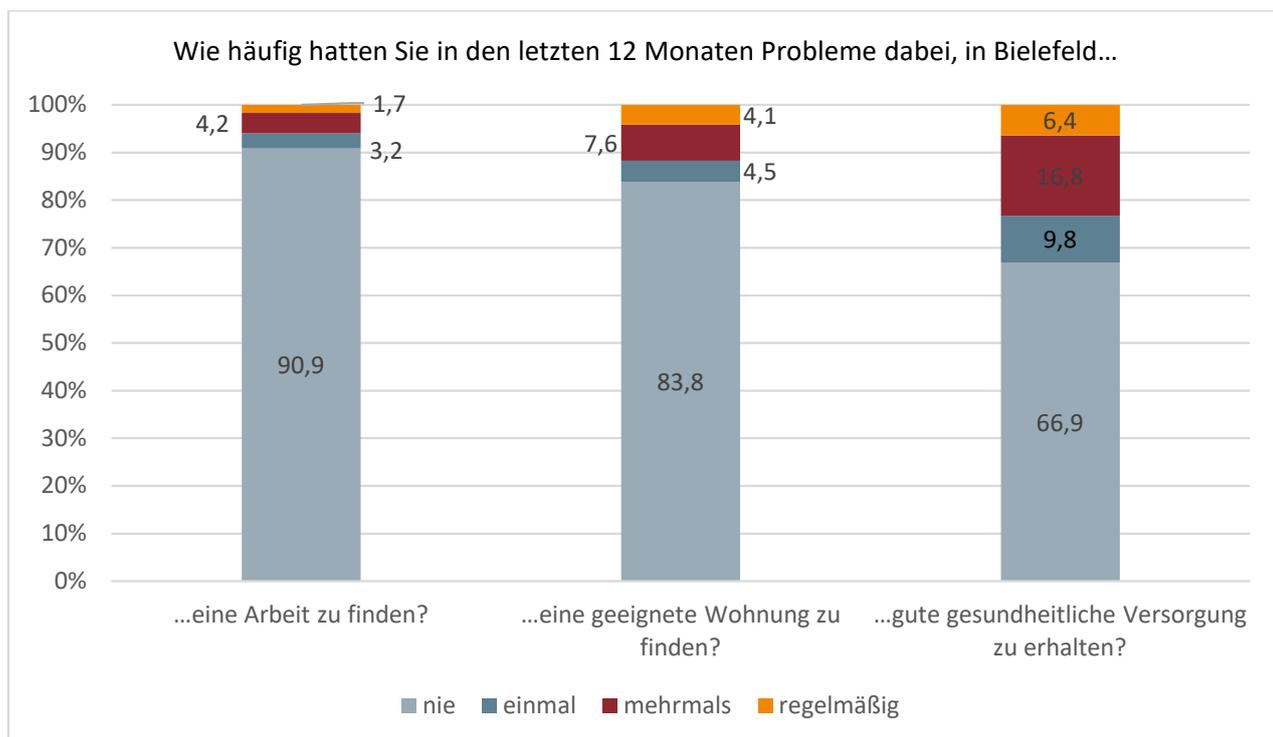
Daneben wird insbesondere auch der Bereich der Hilfe bei alltäglichen Belangen und Sozialberatung genannt (24 Befragte), beispielsweise beim **„Finden von bezahlbarem Wohnraum“** und bei Behördengängen (14 Nennungen). Einige Befragte (11) wünschen sich auch mehr Unterstützung im Gesundheitsbereich, beispielsweise in Form von **„Unterstützung bei der Suche nach einer Psychotherapie“** oder **„Gesundheitsbüros o.ä. in den einzelnen Stadtteilen“** und auch hinsichtlich der Hilfe für ältere oder alleinstehende Menschen (13). Im Bereich Familie & Schule haben die Befragten (21) ebenfalls einige Angaben gemacht. So werden beispielsweise **„Schulen mit kleineren Klassen. Geschultes Personal in Regelschulen.“** oder **„Hilfe bei der Suche Kitaplatz“** sowie **„Kostenlose Nachhilfe für Kinder“** gefordert.

Alltägliche Problemlagen und Verständnisschwierigkeiten

Konkret nach den drei Problemfeldern Arbeit, Wohnung und gesundheitliche Versorgung gefragt, zeigt sich, dass knapp ein Drittel der Befragten in den letzten zwölf Monaten Schwierigkeiten hatte, eine gute gesundheitliche Versorgung zu erhalten (siehe Abb. 8). Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben deutlich eher Schwierigkeiten als solche, die keine Einwanderungsgeschichte haben

(40 % vs. 30 %; siehe Abb. 9 und Abb. 10). In den anderen beiden Handlungsfeldern herrschen etwas weniger Probleme. Insgesamt hatten 16 % mindestens einmal Probleme dabei eine geeignete Wohnung und 9 % eine Arbeit zu finden. Doch auch hier zeigen sich deutliche Ungleichheiten. Menschen mit Einwanderungsgeschichte stehen in allen drei Feldern eher vor Problemen.

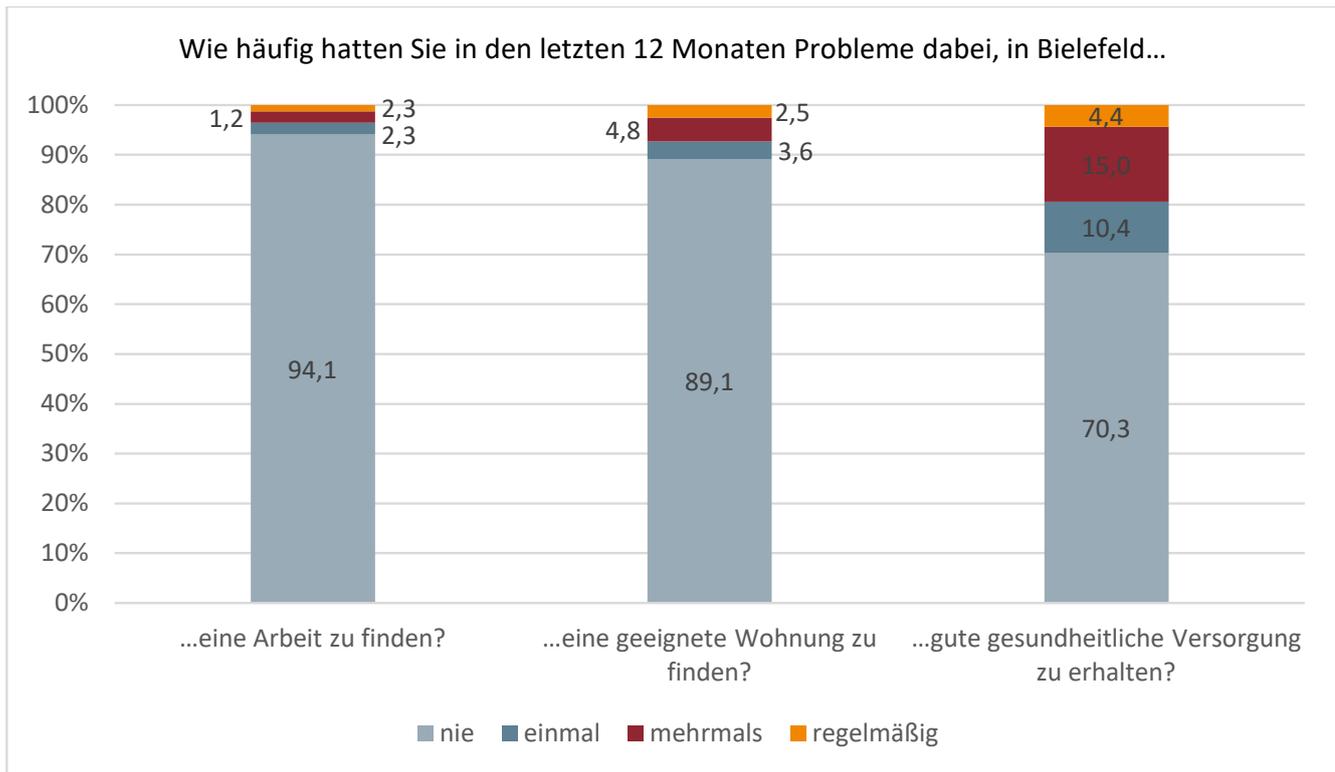
Abbildung 8 Erlebte Problemlagen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: In Reihenfolge der Fragen, n = 1162/ 1147/ 1182

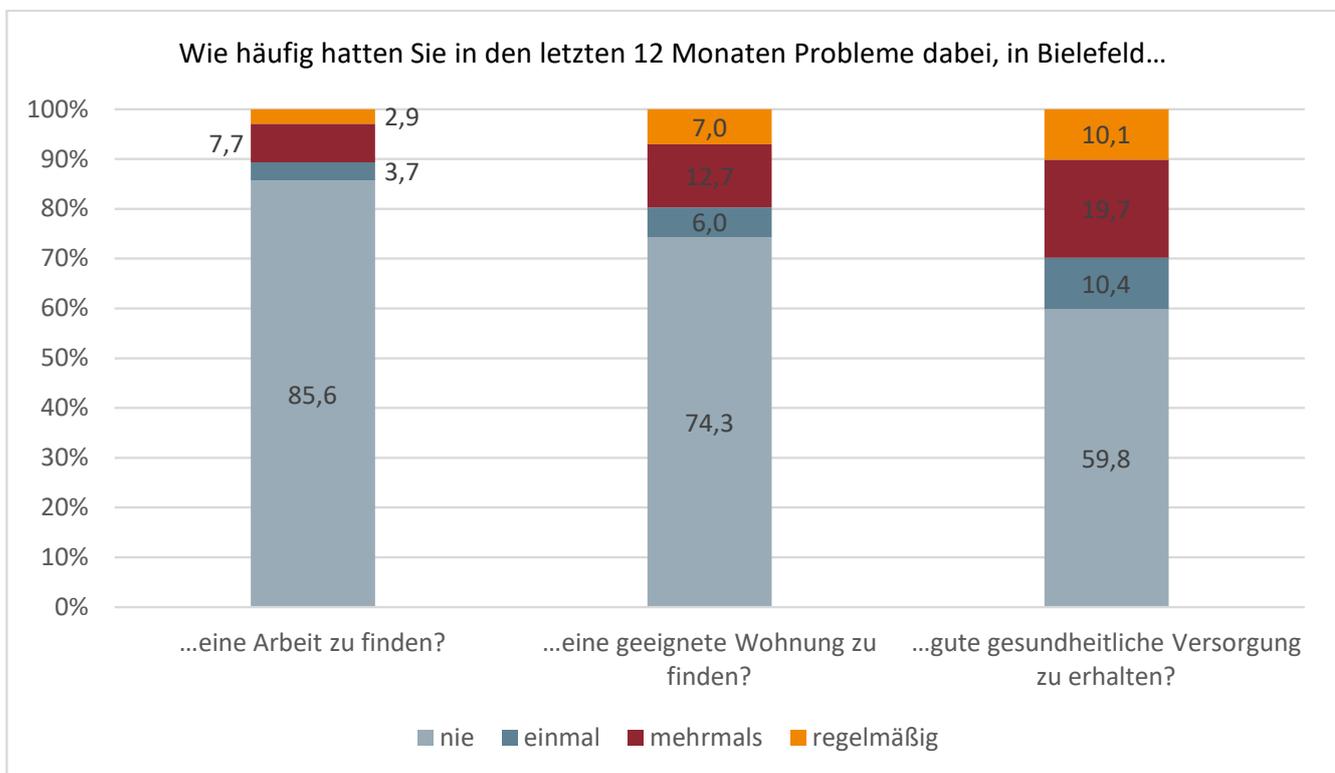
30 | 4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden

Abbildung 9 Erlebte Problemlagen bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)



Anmerkung: In Reihenfolge der Fragen, n = 647/ 642/ 666

Abbildung 10 Erlebte Problemlagen bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Angaben in Prozent)



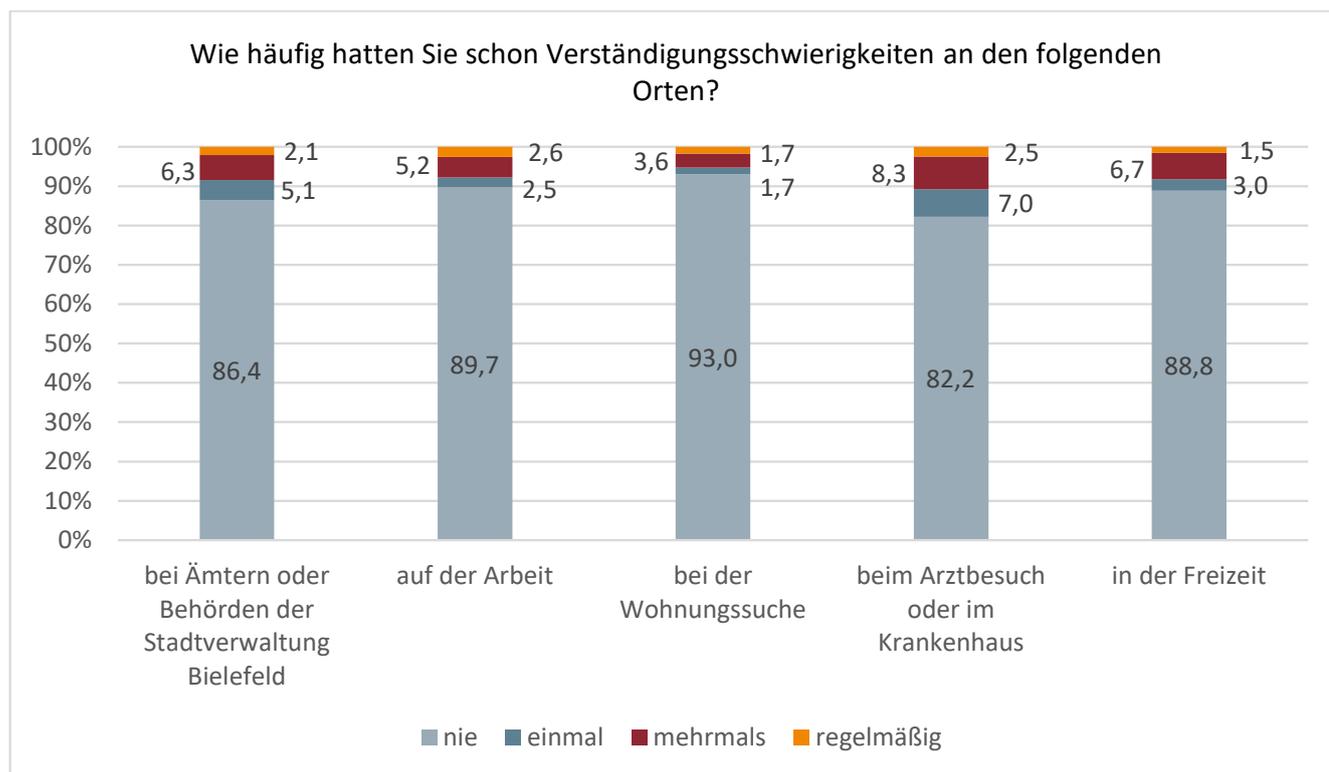
Anmerkung: In Reihenfolge der Fragen, n = 376/ 370/ 376

4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden | 31

Zudem ist die Gesundheitsversorgung auch der Bereich, wo am häufigsten Verständigungsschwierigkeiten aufkamen (siehe Abb. 11). Rund 18 % gaben an, Verständnisschwierigkeiten beim Arztbesuch oder im Krankenhaus erlebt zu haben. An nächster Stelle wurden Verständnisschwierigkeiten bei Ämtern oder Behörden der Stadtverwaltung

waltung Bielefeld (14 %) genannt. Die Analysen zeigen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte vor größeren Verständnisschwierigkeiten stehen. Zwischen 7 % (auf der Arbeit) und 14 % (Arztbesuch/ Krankenhaus) höher ist bei diesen der Anteil, der von Problemen an den genannten Orten berichtet.

Abbildung 11 Verständnisschwierigkeiten (Angaben in Prozent)



Anmerkung: In Reihenfolge der Fragen, n = 1186/ 1126/ 1115/ 1159/ 1119;

Auch bei der offenen Beschreibung, in welchen Situationen die Befragten vor besonderen Hürden bei der Erledigung ihrer persönlichen Anliegen standen, gaben diese gegenseitige sprachliche Hürden innerhalb des medizinischen Bereiches am häufigsten an (37 Befragte). So berichten diese beispielsweise von **„Schlecht Deutsch sprechende[n] Ärzte[n] und Pflegekräfte[n]“**.

Am zweithäufigsten (24) werden sprachliche Hürden außerhalb des medizinischen Bereiches beschrieben, beispielsweise auf der Arbeit:

„Kollege auf Arbeit spricht recht schlecht Deutsch.“

An dritter Stelle (23) werden Situationen beschrieben, bei denen es allgemein um bürokratische Hürden beziehungsweise um Verständnisprobleme bei Terminvereinbarungen, dem Umgang mit Schriftstücken und anderem geht. So beschreibt eine befragte Person: **„Verständigungsschwierigkeiten sind nicht immer nur auf sprachliche Missverständnisse zurückzuführen, sondern auch durch Undurchsichtigkeit von offiziellen Schreiben, Anträgen etc.“**

32 | 4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden

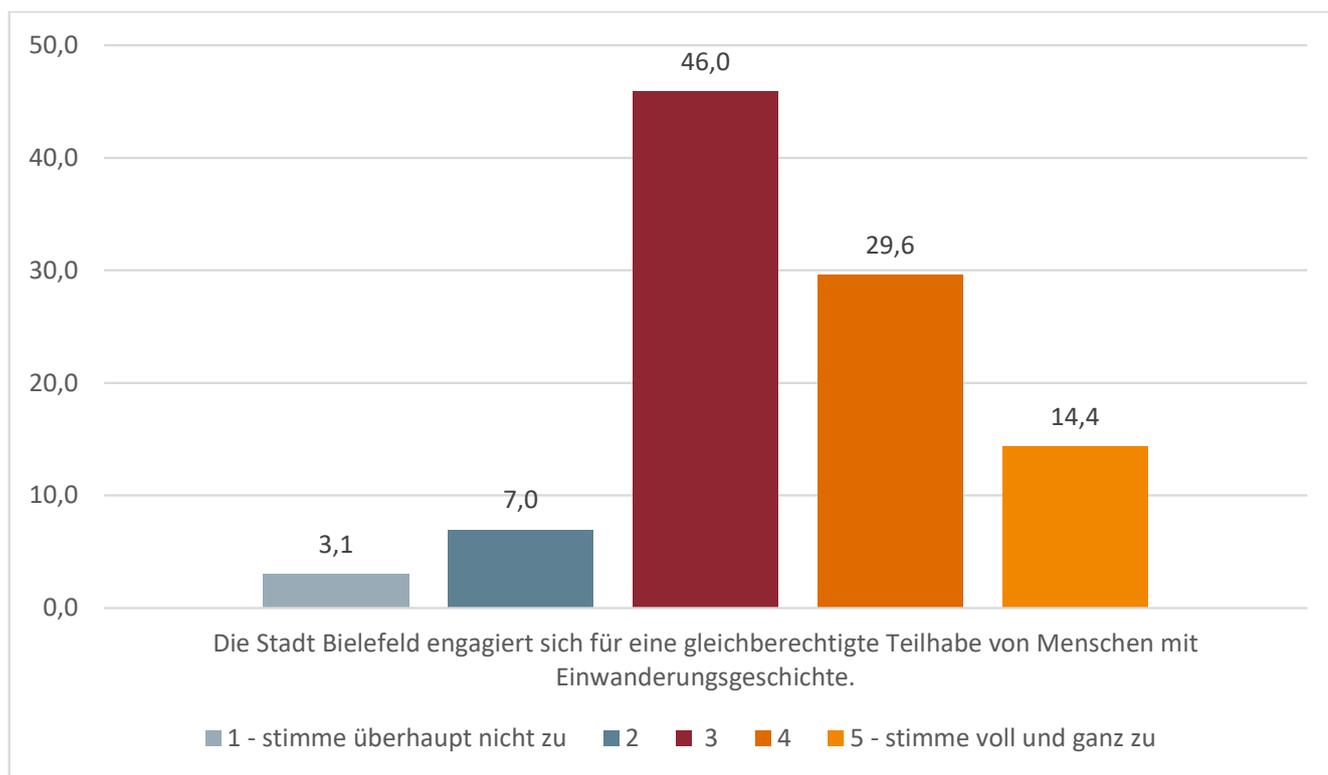
Ideen zur Verbesserung der Teilhabe

Anknüpfend an die beschriebenen Herausforderungen wurde die Frage gestellt, was die Stadt Bielefeld tun könnte, um die Situation zu verbessern.

Zunächst kann festgehalten werden, dass mit Blick auf das Engagement der Stadt Bielefeld lediglich 10 % der Befragten nicht zustimmen, dass

die Stadt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte engagiert. 46 % stimmen auf der eher unbestimmten Mittelkategorie zumindest teils zu, während 44 % im Zustimmungsbereich liegen (siehe Abb. 12). Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte antworten hier relativ ähnlich.

Abbildung 12 Einschätzung des Engagements der Stadt Bielefeld (Angaben in Prozent, n = 1147)



Etwas weniger als ein Viertel der Befragten hat in einem offenen Antwortfeld auch Ideen genannt, was die Stadt tun könnte, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu fördern. Dabei wurde von 113 Befragten am häufigsten der Vorschlag gemacht, mehr Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache anzubieten bzw. einen Fokus auf Sprachförderung zu legen. So schreibt eine befragte Person:

„Integration erfolgt über Sprache. Man sollte also mit seinem Deutsch soweit klarkommen, den Alltag zu meistern. Das Beamtendeutsch ist teilweise für Deutsche zu abstrakt.“

Andererseits fordert ein Teil der Befragten auch eine konsequentere Umsetzung von Regeln und

kulturellen Werten (41) und schreibt beispielsweise **„Klarmachen, dass man sich hier an die Regeln halten muss“**

sei wichtig, um gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern. Demgegenüber werden von einem ebenso großen Teil der Befragten (40) niedrigschwellige Treffpunkte, Kontakte und mehr Anerkennung für unterschiedliche Kulturen für wichtig erachtet. So schreibt eine Person beispielsweise:

„Es muss klar gesagt werden, dass Einwanderungsgeschichten und andere Kulturen was Positives sind und man das nicht verstecken sollte. Es gibt noch genug Personen, die das verstecken.“

4. Gesellschaftliche Teilhabe und ihre Hürden | 33

Meine Eltern haben mir nie ihre Muttersprache beigebracht, mir wurde schon früh beigebracht, dass es eher was Schlechtes ist polnische Wurzeln zu haben, demnach habe ich auch kaum Bezug zu dem Heimatland meiner Eltern.“

Nicht zuletzt macht ein Teil der Befragten auch deutlich, dass konkrete Hilfen bei der Arbeitsmarktintegration oder der Förderung von Fachkräften (36) beziehungsweise Hilfe durch eine bessere Betreuung und Begleitung (36) wichtig für eine gleichberechtigte Teilhabe sind.

So macht eine Antwort deutlich:

„Die Menschen sollten nicht so lange auf einen Aufenthaltsstatus warten müssen. Die Menschen sollten schneller in berufliche Bereiche schnuppern dürfen, falls es gut läuft, sollten sie arbeiten dürfen.“

Und andere Befragte benennen beispielsweise

„Mehr Unterstützung beim Ausfüllen von Dokumenten“

oder

„Mehr Sprachmittler finanzieren, z.B. für Arzt- & Therapien“

als wichtige Maßnahmen, um Teilhabe zu fördern.

Die Ergebnisse in diesem Kapitel machen insgesamt deutlich, dass viele Bielefelder*innen nicht nur vor alltäglichen Herausforderungen stehen, sondern damit zusammenhängend Hürden zwischen sich und den Institutionen in der Stadt erleben. Dies trifft insbesondere auf den Gesundheitsbereich sowie auch auf Angebote von Ämtern und Behörden zu.

Nur ein Teil der Befragten kennt Angebote und noch weniger nehmen diese auch tatsächlich wahr. Und das, obwohl bei der Inanspruchnahme von Beratungsangeboten nur ein geringer Teil negative Erfahrungen gemacht hat.

Es scheint eine gewisse Distanz zwischen den Menschen und den Angeboten in der Stadt zu existieren, und es stellt sich durchaus die Frage, inwiefern die Angebote von Ämtern, Trägern und Vereinen bei ihrer Zielgruppe ankommen. Weiter sollte reflektiert werden, inwiefern die Angebote so unterstützt, bekannt gemacht und aufgestellt werden könnten, dass sie noch mehr Menschen erreichen.

Zudem sind Menschen mit Einwanderungsgeschichte eher von Problemlagen in unterschiedlichen Lebensbereichen betroffen als Menschen, die keine Migrationserfahrung haben.

Insbesondere Sprachbarrieren und ein gemeinsames Verständnis im Alltag, bei der Arbeit sowie vor allem in der Wahrnehmung von bzw. dem Zugang zu Unterstützungsangeboten werden dabei von den Befragten identifiziert und als mögliches Handlungsfeld herausgestellt. Wünsche danach, die wahrgenommenen Distanzen und Sprachbarrieren abzubauen und in engeren Austausch zu treten, sind in den Daten erkennbar.

Letztlich können die Ergebnisse insofern motivieren, sich dieser Herausforderungen anzunehmen und insgesamt für eine gleichwertige Teilhabe aller in Bielefeld zu arbeiten.

Ziel des Bielefelder Integrationsmonitorings ist es, einen Blick auf den Zustand der Bielefelder Stadtgesellschaft zu legen und insbesondere nach den Potenzialen für den Zusammenhalt einer vielfältigen Stadtgesellschaft zu fragen. Es geht um die Frage der Hürden und Chancen einer städtischen Migrationsgesellschaft. Bielefeld ist durch Pluralität und Diversität gekennzeichnet.

Dabei sind Migration sowie Integration essentielle Bestandteile des Zusammenlebens. Das Bielefelder Integrationsmonitoring stellt dazu ganz konkret die Frage, wie die Bielefelder*innen zu Integration stehen, was sie über den Zusammenhalt in der Stadt denken und vor welchen Herausforderungen sie vor dem Hintergrund von Diskriminierung und weiteren sozialen Ungleichheiten stehen.

Der Fokus liegt dabei auf den Themenfeldern Integration, Diskriminierung und Zusammenhalt. Alle drei Themenfelder hängen zusammen und können nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

Eine gelungene Integration und die damit einhergehende gleichwertige Teilhabe aller stärkt den Zusammenhalt. Eine Stadtgesellschaft, die zusammenhält, schafft es eher, auch in turbulenten Zeiten Herausforderungen zu meistern. Sie schafft es beispielsweise, Menschen, die aus Ihrem Heimatland fliehen, einen sicheren Zufluchtsort zu bieten und sie in das Gemeinwesen zu integrieren.

Eine Stadtgesellschaft, die Menschen solidarisch begegnet, in der ein Fokus auf Verbindendem statt Trennendem liegt, trägt dazu bei, Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung vorzubeugen und entgegenzutreten.

Ein solidarisches, vielfältiges und weltoffenes Bielefeld ist nicht selbstverständlich. Das machen die aktuellen Geschehnisse in Politik und Gesellschaft, statistische Zahlen zu sozialer Benachteiligung in Bielefeld sowie die ganz persönlichen Erfahrungen, Ideen und Einstellungen der Bielefelder*innen mehr als deutlich.

Der vorliegende Bericht macht eine Reihe von Handlungsfeldern sichtbar, an denen weitergearbeitet werden sollte, etwa vor dem Hintergrund der alltäglichen Diskriminierungserfahrungen oder Hürden, die vielen Bielefelder*innen begegnen. Ebenso zeigen sich die Handlungsfelder bei öffentlichen Räumen – z.B. bei konfliktreichen oder ausgrenzenden Orten – sowie in der Notwendigkeit, ein gemeinsames Verständnis von Integration zu erarbeiten.

Zahlreiche Menschen, Einrichtungen und Institutionen gestalten bereits das Zusammenleben und den Zusammenhalt in Bielefeld. Das Bielefelder Integrationsmonitoring möchte diese Arbeit unterstützen und Fakten bieten, an die Projekte, Ideen und Diskussionen anknüpfen können. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass die unterschiedlichsten Akteur*innen im vorliegenden Bericht Ergebnisse finden, die sie in ihrer Arbeit und ihrem Engagement unterstützen.

Wir denken jedoch auch, dass das Integrationsmonitoring uns allen an der ein oder anderen Stelle einen Hinweis gibt, was noch zu tun ist, wo bisher nicht so genau hingeschaut wurde und bei welchen Themen es sich lohnt, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Über Integration, Diskriminierung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft kann und sollte diskutiert werden. Das Bielefelder Integrationsmonitoring bietet dafür einen Ausgangspunkt.

Im Folgenden wird das methodische Vorgehen des Bielefelder Integrationsmonitorings erläutert. Dabei konzentrieren wir uns auf die zentralen Punkte, um das Vorgehen transparent zu machen. Ziel war eine für Bielefeld repräsentative Bevölkerungsumfrage zu den Themen Integration, Zusammenleben und Diskriminierung. Diese sollte zum einen die Einstellungen und Erfahrungen der Stadtbevölkerung aufnehmen und zum anderen konkrete und praxisnahe Ansatzpunkte für Handlungsempfehlungen zulassen.

Das Integrationsmonitoring ist in Bielefeld wesentlicher Teil des durch das Land NRW (MKJFGFI⁵) geförderten Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) und wird federführend von der Koordinierenden Stelle im Kommunalen Integrationszentrum (KI) durchgeführt. Es soll die Ergebnisse des KIM-Prozesses kontrastieren, mit einer umfassenden Datenbasis ergänzen und insgesamt auf struktureller Ebene zu einer Verbesserung von Integrationsprozessen und zum Empowerment von Menschen mit Einwanderungsgeschichte beitragen.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, wurde gemeinsam in einem Team aus dem Kommunalem Integrationszentrum der Stadt Bielefeld und dem an der Universität Bielefeld angesiedelten Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am Standort Bielefeld ein Fragebogen entwickelt. Auch die Statistikstelle der Stadt Bielefeld war unterstützend eingebunden. So konnten sowohl wissenschaftliche als auch kommunale Perspektiven gleichermaßen einfließen.

Im Fragebogen sind neu entwickelte sowie teils an Bielefeld angepasste Fragen enthalten, die in ähnlicher Art und Weise auch in anderen – teils bundesweiten – Erhebungen vorkommen. Der Fragebogen bestand aus einer Kombination aus geschlossenen und offenen Fragen. Damit sind sowohl statistische Analysen zu Häufigkeiten, Unterschieden und Zusammenhängen möglich als auch

die Auswertung ganz persönlicher Einstellungen und Erfahrungen der Befragten, die in offenen Antwortfeldern angegeben werden konnten.

Die statistischen Analysen wurden mit dem Programm „R“ sowie mit Excel angefertigt. Die offenen Antworten wurden angelehnt an die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) ausgewertet⁶. Demgemäß wurde ein kodierendes Auswertungsverfahren angewendet, in welchem den Daten induktiv, also basierend auf dem Datenmaterial selbst, Kategorien zugeordnet wurden. So wurde die Vielfalt der offenen Antworten inhaltlich geordnet und analytisch abgebildet. Um die offenen Antworten im vorliegenden Bericht darzustellen, werden ausgewählte Zitate (im Fließtext kursiv in Anführungszeichen) aufgeführt, die relevante Kategorien gut widerspiegeln. In den aufgeführten Zitaten wurden grobe Rechtschreibfehler zur besseren Lesbarkeit berichtigt, Ergänzungen, z.B. grammatikalischer Art, wurden durch eckige Klammern nachvollziehbar gemacht.

Um für die Bielefelder Stadtgesellschaft repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurde eine Zufallsstichprobe aus dem Melderegister mit folgenden Auswahlkriterien gezogen: 2 % der Gesamtbevölkerung in Bielefeld ab 18 Jahren zum Stichtag 30.04.2023. Die Bruttostichprobe (Anzahl der zufällig ausgewählten Personen, die angeschrieben wurden) lag bei 6900.

Ganz bewusst wurden im Rahmen des Integrationsmonitorings nicht nur Menschen befragt, die (neu) nach Bielefeld migriert sind. Integration wird vielmehr – auch im Sinne des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW – als wechselseitiger Prozess verstanden und nicht als Anpassungsleistung einzelner. Das Gelingen des Zusammenlebens in einer Migrationsgesellschaft hängt sowohl von neu hinzukommenden Menschen als auch von der Aufnahmegesellschaft und ihren Institutionen ab.

⁵ Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

⁶ Philipp Mayring (2022): Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, 13., aktualisierte Auflage

36 | Methodik und Beschreibung der Stichprobe

Daher war es wichtig, ein Vorgehen zu entwickeln, welches unterschiedlichste Perspektiven abbilden kann.

Die Teilnahme an der Umfrage war freiwillig und anonym, Nicht-Teilnahme oder Abbruch des Ausfüllens hatten keinerlei Nachteile zur Folge. Um zur Teilnahme einzuladen, wurden drei Anschreiben verschickt (die erste Einladung am 07.06.23, die zweite am 28.06.23 und das dritte Anschreiben inklusive gedrucktem Fragebogen am 28.07.23). Der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 10.06. bis 17.08.23.

Die Anzahl der eingereichten oder gespeicherten Fragebögen liegt bei 1758. Online haben 1241 Befragte teilgenommen. Weitere 517 Personen haben Papierfragebögen eingesendet. Die Daten wurden dann in einem nächsten Schritt bereinigt. Doppelt ausgefüllte und nicht ausgefüllte Fragebögen wurden gelöscht. Die der Analyse zu Grunde liegende Netto-Stichprobe liegt so bei 1559 Personen.

Die tatsächlich analysierten Fallzahlen weichen nach unten von der Nettostichprobe ab, da es keine Pflicht war, alle Fragen zu beantworten, um an der Befragung teilzunehmen. Darüber hinaus wurde in der Analyse teilweise gefiltert. Das heißt, es wurden beispielsweise tiefergehende Fragen zu den Merkmalen von erlebter Diskriminierung nur bei denjenigen Befragten analysiert, die zuvor angegeben hatten, Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten erlebt zu haben. So sollen Messfehler verringert werden. Das Vorgehen ist an den entsprechenden Stellen transparent gemacht. Die soziodemografische Zusammensetzung und Verteilung über die Stadt ist in Tabelle 9 und Tabelle 10 aufgeführt.

Im Rahmen der Analyse wird an einigen Stellen die Unterscheidung zwischen Menschen mit und

ohne Einwanderungsgeschichte getroffen, um soziale Ungleichheiten, wie beispielsweise die unterschiedliche Betroffenheit von Diskriminierung besser abbilden zu können. Die Gruppe der Bielefelder*innen mit Einwanderungsgeschichte wurde als statistische Kategorie neu gebildet. Eine Einwanderungsgeschichte haben nach der hier verwendeten Definition Befragte, die selbst eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit und/oder einen Geburtsort außerhalb von Deutschland haben und/oder bei denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

Diese Kategorisierung dient im begrenzten Umfang der Analyse dieses Integrationsmonitorings einer statistischen Vereinfachung und kann der Diversität innerhalb der Kategorie von Menschen mit eigener und familiärer Migrationserfahrung beziehungsweise internationaler Familiengeschichte nicht gänzlich gerecht werden. Allerdings sollen durch dieses Vorgehen Ungleichheiten und ggf. Benachteiligungen, die bestimmte Gruppen eher betreffen, besser dargestellt werden und ein Fokus auf Menschen gelegt werden, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind.

Zu tiefergehenden Kritik an statistischen Kategorisierung, insbesondere der Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ und alternativen Umgangsweisen verweisen wir auf den Bericht der Fachkommission Integrationsfähigkeit (2021)⁷. Zudem haben wir die Bielefelder*innen selbst befragt, wie sie mit diesen Begrifflichkeiten umgehen (siehe Kap. 2).

Obwohl in der statistischen Analyse ein Fokus auf Unterschieden liegt, sollte bei der Interpretation der Ergebnisse nicht außer Acht gelassen werden, in welchen Kontexten Menschen unterschiedlicher Herkunft die gleichen Erfahrungen machen und was die Bielefelder*innen verbindet.

⁷ Fachkommission Integrationsfähigkeit (2021). Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Berlin: Bundeskanzleramt

Methodik und Beschreibung der Stichprobe | 37

Um die Teilnahme so niedrigschwellig wie möglich zu halten und möglichst vielen der zufällig ausgewählten Menschen eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde der Online-Fragebogen in

sechs Sprachen übersetzt.

Neben Deutsch war der Fragebogen in Arabisch, Englisch, Griechisch, Polnisch, Russisch und Türkisch zu beantworten⁸.

Tabelle 9 Soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe (Angaben absolut und in Prozent, Gesamtstichprobe: N = 1559)

	Ausprägung	absolut	%
Alter <i>Jüngste*r: 18</i> <i>Älteste*r: 103</i> <i>Altersdurchschnitt: 53</i>	18-24	54	4,7
	25-34	161	13,9
	35-44	183	15,8
	45-54	209	18,0
	55-64	242	20,9
	65-74	185	16,0
	75 und älter	128	11,0
Geschlecht	Weiblich	685	54,5
	Männlich	566	45,0
	Divers	6	0,5
Einwanderungsgeschichte	nein	735	63,6
	ja	421	36,4
Schulabschluss	Noch in Schulausbildung	3	0,2
	Schule ohne Abschluss beendet	16	1,3
	Volks-/ Hautschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule 8. bzw. 9. Klasse	106	8,4
	Mittlere Reife, Realschulabschluss, Polytechnische Oberschule 10. Klasse	254	20,1
	Fachhochschulreife	171	13,6
	Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife)	663	52,5
	Anderer Abschluss	49	3,9
Ausbildungsabschluss	Noch in der beruflichen/ Ausbildung/ Lehre/ Volontariat/ Praktikum/ Studium	55	4,4
	Keine abgeschlossene Berufsausbildung	52	4,2
	Teilfacharbeiter*in	4	0,3
	Facharbeiter*in, abgeschlossene Berufsausbildung	339	27,3
	Meister*in oder vergleichbare Qualifikation	82	6,6
	Fachschulabschluss	131	10,5
	Hochschulabschluss	502	40,4
	Anderer Abschluss	78	6,3
Haushaltsnettoeinkommen	Weniger als 1000 €	73	6,1
	1001-1500 €	88	7,4
	1501-2000 €	113	9,5
	2001-2500 €	127	10,7
	2501-3000 €	144	12,1
	3001.3500 €	121	10,2
	3501-4000 €	122	10,3
	Mehr als 4000 €	401	33,7

⁸ 97,1 % der Befragten haben den deutschen Fragebogen ausgefüllt.

Das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. hat bei der Beantwortung der Fragebögen in unterschiedlichen Sprachen unterstützt. Für die gelungene Zusammenarbeit bedanken wir uns!

38 | Methodik und Beschreibung der Stichprobe

Tabelle 10 Aufteilung auf die zehn Bielefelder Stadtbezirke (Angaben absolut und in Prozent)

	Stichprobe		Bielefeld insgesamt	
	absolut	%	absolut	%
Brackwede	138	10,8	33.985	11,9
Dornberg	106	8,3	17.103	6,0
Gadderbaum	41	3,3	8.880	3,1
Heepen	155	12,2	38.540	13,4
Jöllenbeck	93	7,3	18.976	6,6
Mitte	329	25,9	70.645	24,6
Schildesche	143	11,2	36.265	12,7
Senne	91	7,2	17.410	6,1
Sennestadt	43	3,4	18.002	6,3
Stieghorst	123	9,7	26.863	9,4
Sonstiges	11	0,9	-	-

Anmerkung: Zahlen für Bielefeld insgesamt ergeben sich aus Personen im Alter von 18 Jahren und älter mit Hauptwohnung/ alleiniger Wohnung und Nebenwohnung in Bielefeld zum Stichtag 30.04.2023. Bereitgestellt vom Presseamt/ Statistikstelle; eigene Berechnung



